

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:	
monatlich . . . . .	Kr. 16.—
vierteljährlich . . . . .	48.—
halbjährig . . . . .	96.—
jährlich . . . . .	192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourenkarten.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich 12 Bl.

## Der erste proletarische Weltwanderungskongreß.

Von Dr. Friedrich Adler.

Durch vier Tage haben Arbeitervertreter aus Europa, Amerika, Asien und Australien die Probleme der Wanderungen vom proletarischen Standpunkte aus erörtert. Der Kongreß in London, an dem etwa 150 Delegierte teilnahmen, hat den meisten von ihnen zum erstenmal die außerordentliche Mannigfaltigkeit der Fragen und die tiefgehenden Schwierigkeiten ihrer Lösung zum Bewußtsein gebracht. Wieder wie vor einem Jahr auf dem Kongreß der Arbeiterparteien des britischen Weltreiches, standen die Vertreter Kanadas und Australiens den Vertretern Indiens gegenüber, die Vertreter der eingewanderten, aber bereits heimisch gewordenen weißen Arbeiter den Vertretern der farbigen Rassen. Die Gegensätze traten in aller Schärfe hervor, niemand suchte sie zu verschleiern, denn der Kongreß war einberufen worden, weil die Schwierigkeiten so groß sind und weil der erste Schritt zu ihrer Bewältigung ihre vollständige Erkenntnis sein muß.

Das Ergebnis, das in den Resolutionen des Kongresses niedergelegt ist, ist zweifelsohne ein recht beachtenswertes. Es ist eine Einigung über praktische Maßnahmen erfolgt, an die Lösung der großen grundsätzlichen Fragen konnte bei diesem ersten Versuch von vornherein nicht gedacht werden. Sicher hätte in dieser Richtung viel mehr gemeinsames zum Ausdruck kommen können, wenn der Kongreß auf die Vertreter der beiden Internationalen, die ihn einberufen hatten, beschränkt gewesen wäre, und es wird ein Kongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationalen oder der Sozialistischen Arbeiter-Internationalen viel weiter gehen können, als dies in London jetzt geschehen. Aber die Aufgabe dieses Kongresses war es gerade, die Verbindung mit Arbeiterorganisationen der überseeischen Länder, die weder Amsterdam noch Zürich angeschlossen sind, herzustellen und so die Probleme in ihrem ganzen Umfang anzufassen.

Den extremsten Standpunkt in der einen Richtung nehmen die Vertreter der Arbeiterpartei Australiens ein. Sie erklären ohne jede Einschränkung: Australien soll ein weißes Land sein. Obwohl keine Nordküste für die Weißen wegen der Fiebererkrankungen unbewohnbar ist und für Hunderttausenden von Farbigen mögliche Lebensverhältnisse bieten könnte, steht die australische Arbeiterpartei auf dem Boden des absoluten Verbotes der Einwanderung farbiger Arbeiter.

Ganz anders die Vertreter der Arbeiterpartei Neuseelands. Sie wollen keineswegs das Rassmoment zum entscheidenden Faktor machen, sondern sie betonen das ökonomische Moment. In Neuseeland gibt es gelbe Arbeiter. Die Arbeiterpartei verlangt jedoch mit Entschiedenheit, daß die Einwandernden nicht die Lebensbedingungen, die sich die Arbeiterklasse im Lande erkungen hat, herabdrücken dürfen. Und damit traten die Delegierten des neuseeländischen Delegierten in Berührung mit den Problemen der meisten Einwanderungsländer.

Kassalle hat der „verdammten Bedürfnislosigkeit“ der Arbeiter den Krieg angelegt. Die Bedeutung dieses Gesichtspunktes ist im Westen Europas in den Hintergrund getreten, seine internationale Bedeutung wird aber immer stärker sichtbar. Die Arbeiter verschiedener Länder unterscheiden sich durch den Grad ihrer Bedürfnislosigkeit. Der polnische Bergarbeiter nimmt mit einer Nahrung und einer Schlafstelle fürlieb, die der englische nie zu ertragen vermöchte. Der farbige Arbeiter ist ganz unvergleichlich bedürfnisloser, als der weiße. Und damit Hand in Hand geht der in letzter Instanz entscheidende Unterschied der Arbeiter im Grad ihrer gewerkschaftlichen Erziehung und im Grad ihrer gewerkschaftlichen Standfestigkeit. Das bedingt in ganz merkwürdiger Art einen Massengegenatz in bezug auf

die Einwanderung. Die Kapitalisten sind „internationaler“ als die Arbeiter. Die Kapitalisten bevorzugen die weniger entwickelten Nationen und Rassen, sie wollen in den Ländern mit guter gewerkschaftlicher Organisation von Westeuropa die Tore weit aufmachen für die unorganisierten Arbeiter der slavischen Staaten, sie wollen in den Minen Südafrikas die Farbigen anstellen, um Weiße zu ersparen. Die Arbeiter wenden sich gegen jene „Einwanderung“, die sich nur als Import von Lohndrüdern und Streikbrechern darstellt.

Darüber darf kein Zweifel bestehen, daß es gerade die Vertreter der festgesetztesten gewerkschaftlichen Organisationen sind, die fürchten, daß das Werk, das sie in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut, zerstört werden könnte durch die Ueberflutung von Massen unorganisierter Arbeiter. Vor diesen Problemen stehen praktisch heute Belgien und Frankreich. Es gibt ein Hilfsmittel, das ist die Organisation der einwandernden Arbeiter. Aber es ist klar, daß zwischen der Geschwindigkeit der Organisationsmöglichkeit und der Geschwindigkeit des Einströmens der Unorganisierten eine bestimmte Relation bestehen muß, um die einmal errungene gewerkschaftliche Position behaupten zu können. An dem Beispiel der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten Nordamerikas hat man viel hundertfältig studieren können, wie das kapitalistische Interesse die Stoßtruppe der eingewanderten Unorganisierten immer wieder gegen die Organisation der Arbeiter zu verwenden verstanden hat.

Wir erinnern uns, wie oft in der sozialistischen Agitation schon vor drei Jahrzehnten Australien als das Mutterland des sozialpolitischen Fortschrittes den europäischen Arbeitern vor Augen geführt wurde, wo der Achtstundentag schon zu einer Zeit bestand, wo die europäischen Arbeiter ihn erst als ideale Forderung aufstellen konnten. Die australischen Arbeiter haben ihre eigene Lage zu verbessern verstanden durch die konsequente Ablehnung der Einwanderung und es besteht gar kein Zweifel, daß die Hindernisse der Einwanderung noch mehr wachsen werden, wenn die australischen Arbeiter die volle Herrschaft auf ihrem Kontinent errungen haben werden. Heute ist es schon so, daß tatsächlich nur Angehörige einwandern können, und auch diesen werden indirekt die größten Schwierigkeiten gemacht, denn der auswandernde Proletarier kann nicht auf eigene Kosten die Reise nach Australien bestreiten. Er ist auf Unterstützung angewiesen. Die australische Regierung hat aber mit der englischen Regierung ein eigenes Abkommen getroffen, wie weit diese Unterstützungen gehen dürfen, und es ist kein Zweifel, daß die australischen Arbeiter das Maß dieser Unterstützungen so weit herabdrücken wollen, als nur irgend möglich. Und so ist die Lösung, die die australischen Arbeiter als ihr Klasseninteresse ansehen, die Monopolstellung für sich ohne Rücksicht auf die übrige Welt. Aber die Herstellung von Inseln sozialer Gerechtigkeit löst nicht die großen Probleme des Weltproletariats. Australien war bereits früh ein Musterland für das Lebensniveau, das Arbeiter schon unter kapitalistischen Bedingungen erreichen können, aber es ist kein Musterland internationaler Solidarität.

Polen und Indien waren an dieser Konferenz die Hauptrepräsentanten der Länder mit großem Menschenüberschuß, in denen das Drängen in die Ferne, um das nackte Leben zu fristen, sich mit unwiderstehlicher Gewalt kundgibt. So sehr der Klassenbewußte organisierte Arbeiter die Gefahr des unorganisierten Lohndrüdners fürchtet, so sehr muß er doch immer wiederum ergriffen werden von dem entsetzlichen Elend der leidenden menschlichen Kreatur, die ohne ihr Verschulden in diese kapitalistische Welt gerät, kein anderes Hilfsmittel sieht, als irgendwo, auch unter den schlechtesten Bedingungen, Brot und Schlafstelle zu finden.

Die Beschlüsse des Kongresses wurden einstimmig gefaßt. Man hat versucht, in ihnen herauszukristallisieren, was allen Besuchern dieses Kongresses gemeinsam ist. Es wäre eine

äußerst schädliche Selbsttäuschung, wenn wir uns verhehlen würden, daß es im Rahmen der Arbeiterklasse selbst tiefe Gegensätze von Arbeiterinteressen gibt. Um so erfreulicher ist es, daß sich in der Kommission eine starke Mehrheit in der Abstimmung für das Prinzip der Freizügigkeit aussprach.

Unter den Argumenten gegen die Freizügigkeit gibt es eines, das an Probleme von noch ganz anderer Größenordnung rührt. Die Länder, in denen der Geburtenüberschuß bewußt niedrig gehalten wird, können aus dieser Tatsache ein Argument gegen die Einwanderung aus jenen Ländern schmieden, in denen die Geburtenkontrolle geringer ist oder ganz fehlt. Sie verhindern die Ueberbevölkerung im eigenen Land; warum sollen sie gezwungen sein, für den Geburtenüberschuß fremder Völker zu sorgen und dadurch ihr eigenes ökonomisches Lebensniveau in Gefahr bringen? Diese internationale Seite des Pro-

blems der Geburtenbeschränkung führt aber in letzter Instanz auf das schwerste Problem, das in Zukunft gelöst werden muß. Wie soll die Frage der Teilung der Erdoberfläche zwischen den Rassen und Nationen gelöst werden, damit der Drang nach ihrer Selbstbehauptung nicht in Ausrottungskriegen erfolgt, sondern auf dem Wege friedlicher Vereinbarung möglich wird?

Die Größe der Probleme und die Größe der Gegensätze hat sich vor den Teilnehmern dieses Kongresses mit aller Deutlichkeit offenbart, aber sie nahmen trotzdem am Ende die Zuversicht mit nach Hause, daß sich bis auf wenige Ausnahmen mit voller Klarheit der Grundsatze des Internationalismus durchzusetzen die Unterordnung der Interessen der Arbeiter einzelner Länder und der Interessen einzelner Gruppen von wandernden Arbeitern unter das Gesamtinteresse der internationalen Arbeiterklasse.

## Sessionschluß auch im Senat.

Neun Vorlagen in vier Stunden. — Ruhiger Abschluß der Immunitätsfälle.

Prag, 1. Juli. Die heutige letzte Sitzung des Senates in dieser Session hatte eine ganze Reihe von Vorlagen zu bewältigen; zu einer Debatte kam es nur bei einigen wichtigeren Vorlagen. In dem Antrag Stenzl-Spina, der einen gefährlichen Angriff auf das ganze Sozialversicherungsrecht darstellt, sprach Genosse Bentel, der sich zuerst die Weiterbefassung der kleinen Gremialkrankenkassen Stellung nahm; Träger der Sozialversicherung müssen starke, lebenskräftige Rassen sein. Genosse Bentel warnte nachdrücklich vor der Fortsetzung dieser Angriffe, die sich nunmehr schon offen auch gegen die Versicherung der Hausgehilfen und Beihilfliche richten.

Zur Einkommensteuervorlage sprach Genosse Starl. Er betonte, daß wir der Vorlage sehr mißtrauisch gegenüberstehen, da anscheinend nur verdeckten agrarischen Genossenschaften wieder auf die Beine geholfen werden soll, und forderte eine gebührende Berücksichtigung der armen deutschen Gebirgsbewohner bei der Verteilung der Subventionen. Die Erteilung der Rüge an die zwei Kommunisten ging kurz und schmerzlos vor sich, ohne die Stimmung soweit zu gefährden, daß der Präsident die üblichen Ferienwünsche hätte unterlassen müssen.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 40 eröffnet; auf der Tagesordnung stehen nicht weniger als neun Gesetzesvorlagen, die alle noch vor Sessionschluß erledigt werden sollen.

Das Gesetz über die Röhlensteuer, die für Exportzölle nunmehr aufgehoben werden soll, während der Jahreskongress weiter damit beschäftigt bleibt, wird debattiert in erster Lesung angenommen und alle Änderungsanträge des Genossen Jarolim abgelehnt.

Ebenso wird auch der Entwurf über die Gewährung von Darlehen bzw. Kreditgarantien für karpathorussische Kreditgenossenschaften sowie die Abänderung des Paragraphen 151 der Gewerbeordnung ohne Debatte angenommen. Erst zum

### Antrag Stenzl-Spina

wegen Aufschub der Liquidierung der kleinen Genossenschafts- und Gremialkrankenkassen entwickelt sich eine längere Debatte. Der Berichterstatter Eloma führt aus, daß nach den Bestimmungen des Sozialversicherungsgesetzes 53 Gremialkrankenkassen liquidieren sollen, die zusammen über 100.000 Mitglieder haben. Dadurch werde ein Unrecht am Mittelstand verübt und er beantrage daher den Aufschub der Liquidierung bis Ende des Jahres; zugleich aber empfiehlt er eine Resolution zur Annahme, daß die Regierung einen Gesetzentwurf ausarbeiten solle, der überhaupt den Weiterbestand dieser Rassen sichert.

In der anschließenden Debatte wendet sich

### Genosse Bentel

scharf gegen die Ausführungen des Berichterstatters und erklärte, daß die Sozialversicherung uns nicht befriedige, da das Gesetz schwere Mängel aufweise, die auf die Bemühungen der Bürgerlichen zurückzuführen sind, eine grundlegende Verschlechterung des Gesetzes durchzuführen. Der Ausfall der letzten Wahlen hat ihren Nut gestiftet und nun gehen sie

mit Bolldampf an den Abbau der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft.

Vorläufig konzentriert sich ihr ganzer Haß gegen die Krankenkassen, die sie zu unrecht als Bollwerk der Sozialdemokratie ansehen, da ja heute das Verhältnis wahrlich für die Verwaltung der Krankenkassen sehr ungünstig und daher jeder Partei ein entsprechender Anteil an der Verwaltung gesichert ist. Es ist nicht unser Verschulden, wenn diese Wahlen wieder nicht durchgeführt wurden.

Der vorliegende Entwurf ist dem Aussehen nach ganz harmlos; die Intentionen der Verfasser des Antrages erkennt man aber aus dem ursprünglichen Text, in welchem vorgesehene war, nicht nur den Weiterbestand aller Genossenschafts-Krankenkassen zu sichern, sondern auch die Möglichkeit zur Errichtung neuer Krankenkassen zu geben. Dies kommt auch in der Resolution, die der Berichterstatter zum Schluß erwähnt hat, zum Ausdruck.

Man wollte also nichts anderes, als den Unterbau der Sozialversicherung zu unterhöhlen und dadurch in Wirklichkeit die Aktivierung der Sozialversicherung unmöglich zu machen.

Daß diese Absicht bestanden hat und besteht, geht schon aus der Tatsache hervor, daß der Antrag heute noch am Tage des Jahreskongresses des Sozialversicherungsgesetzes verhandelt wird. Man muß sich vor Augen führen, daß unser Sozialversicherungsgesetz die Krankenkassen als Träger der Sozialversicherung vorsieht, daß die Entgegennahme der An- und Abmeldungen, die Evidenz und Einhebung der Beiträge der Mitglieder, die Gewährung gewisser Leistungen durch die Krankenversicherungsanstalten erfolgt. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt, dann stützen sich alle mathematischen Grundlagen, auf denen die Vorlage aufgebaut ist, zusammen. Deutschland kann hinsichtlich des Aufbaues nicht als Vergleichsbasis dienen; dort ist die Sozialversicherung vollkommen losgelöst von der Krankenversicherung, aber der Schaden, der durch die Zerstückelung der Krankenkassen in Deutschland herbeigeführt wird, wird keinesfalls aller Hochleute anerkannt und es sind ernsthafte Bemühungen im Zuge, diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten.

Unter den Krankenkassen, die nach dem Wunsche der Antragsteller aufrecht bleiben sollen, sind Klassen mit 100, 200 und 300 Mitgliedern. Die Voraussetzungen dieser Krankenkassen werden bei der Einweisung in die Lohnklassen, bei der Ermittlung der Versicherungspflichtigen, bei der Eintreibung der Beiträge, bei der Festsetzung der Höhe derselben, allen Wünschen der Unternehmern gerecht werden und sie werden sich bei den Leistungen, die sie an die Mitglieder erfolgen, zu regressiveen verhalten. Ausschließlich deshalb führen wir den leidenschaftlichen Kampf gegen diese Zwerggebilde.

Mit diesem Antrag ist aber der Wunschzettel der Unternehmern, soweit die Sozialversicherung in Betracht kommt, nicht erschöpft. Das, was wir heute vor uns sehen, ist nur der erste Anlauf zu den Angriffen, mit denen

wir uns in der Herbstsession zu beschäftigen haben werden.

Man hat in der Sozialversicherung einen Beitrag für die Krankenversicherung festgesetzt, der es unmöglich macht, die gegenwärtigen Leistungen aufrechtzuerhalten. Dazu kommt, daß das Gesetz — entgegen den Intentionen des Gesetzgebers — jetzt so ausgelegt wird, daß die Beiträge nur für Arbeitstage vorgeschrieben werden dürfen. Dadurch wurde herbeigeführt, daß der von den Krankenkassen eingehobene Beitrag kaum 1,5 Prozent des durchschnittlichen Tagelohns betragen würde.

Sodann erweist Genosse Bentei noch auf die im Abgeordnetenhaus bereits eingebrachten Anträge, daß die Hausgehilfen und auch die Lehrlinge aus der Krankenversicherung ausgeschlossen werden sollen. Die Unternehmer wollen die Beiträge sparen und sie lassen sich bei ihrem verbrecherischen Plan nur durch die Rücksicht auf ihren Geldsack leiten. Der Verlust der drei Lehrsätze würde für Lehrlinge, die auch noch durch ihre Misständenpflicht beeinträchtigt werden, einen schweren Verlust bedeuten.

Wir können uns also im Herbst auf einen schweren Kampf gefaßt machen; dabei wird es sich darum handeln, ob die Sozialversicherung aufrecht erhalten werden kann oder nicht. Unsere Aufgabe wird es sein, die Arbeiterschaft über diese Situation aufzuklären, ihr die Wirkungen des letzten Wahlausganges vor Augen zu führen und sie zum unerschrockenen energischen Kampf gegen die Angriffe der Reaktion aufzurufen! (Beifall und Händeklatschen.)

Der Deutschnationale Partij nimmt demgegenüber den Antrag in Schutz und operiert mit willkürlich herausgegriffenen Zahlen, aus denen er beweisen will, daß die kleinen Klassen für ihre Mitglieder mehr leisten als die großen Bezirkskrankenkassen. Genosse Bentei hält ihm in erregten Zwischenrufen die Unbilligkeit seiner Zahlen vor und wendet sich gegen diesen Angriff auf die Sozialversicherung.

Der deutsche Gewerdeparteiler Prause nimmt denselben Standpunkt ein wie sein Vorgänger; bei der Verlesung seiner diesbezüglichen Argumente hat er jedoch wiederholt mit den Tüden seines Manuskriptes zu kämpfen, dessen Blätter durcheinandergeraten sind. Infolge dessen haben die erskauften Senatoren Gelegenheit, eine Kraftstille seiner mit Pathos vorgetragenen Rede zweimal zu hören, bevor er daraufkommt, daß er dieses Blatt schon einmal verlesen hat, dauert es eine geraume Weile.

Der tschechische Sozialdemokrat Dunder widerlegt hierauf die falschen Behauptungen des Deutschnationalen Partij und zeigt an Hand einer offiziellen Statistik auf, daß die Leistungen der Bezirkskrankenkassen für ein einzelnes Mitglied vielfach um mehr als die Hälfte größer sind als bei den kleinen Klassen.

Auch dieser Antrag wird schließlich von der Zollmehrheit unverändert angenommen, ebenso debattielos eine Vorlage über die Reorganisation der Karpathorussischen Genossenschaften.

Zur nächsten Vorlage, der Elektrifizierung des flachen Landes spricht

# Bucher und Spkulantentum mit den Zöllnen.

## Die Schieber kaufen billiges ausländisches Getreide, um es dann mit Buchergewinnen zu verkaufen!

Das „Pravo Vida“ weist in seinem gestrigen Mittagsblatt darauf hin, daß die Spekulant und Bucher mit der Ausnützung ihrer Konjunktur durch die Zölle fortfahren, ohne daß jemand sie daran hinderte oder wenigstens kontrollierte. Eine ganze Reihe von Mühlen im mittleren Elbegebiet haben riesige Vorräte an Getreide und Mehl aufgehäuft, um sie dann, wenn die Zölle in Wirksamkeit treten werden, zu hohen Preisen mit Buchergewinn zu verkaufen. Dies spielt sich insbesondere in der Nähe Prags und in der Umgebung von Brno, Olomouc, Elbebohm und Kolin ab, aber auch an anderen Stellen der Republik. In ganz besonderem Maße aber in Karpathorussland, wo die Wachsamkeit der Zensurbehörde und der Zensur leichter umgangen werden kann. Dort war und ist im Monat Juni und hauptsächlich in den letzten Tagen nach der Abstimmung über das Zollgesetz auf der ganzen Linie der Südgrenze gegen Rumänien und Ungarn eine sehr starke Bewegung mit Getreide-, Mehl- und Viehtransporten ins Landinnere zu verzeichnen. Gewisse Elemente kaufen nämlich Millionenvorräte von Getreide, Mehl und Vieh in Rumänien und Ungarn zu niedrigen Preisen, um sie mit ungeheuren Gewinnen zu verkaufen und so Millionen aus den Taschen armer Arbeiter und Staatsangestellter ziehen zu können. Auf alle mögliche Art, auf der Eisenbahn, auf der Landstrassen und auf öffentlichen Wegen treffen Großhändler, Großhändler und verschiedene Spekulant ihre Vorbereitungen, um noch vor dem Inkrafttreten des Zollgesetzes die aufgekauften Vorräte in das Innere des Landes zu transportieren. So werden täglich hunderte Waggons mit Getreide, Mehl und Vieh heringeschafft. „Pravo Vida“ fordert, daß die Zensur alle Vorräte bei den Großhändlern, Mühlen und Kommissionären feststellen und dafür Sorge tragen, daß diese Vorräte nicht zu einem Objekt des Buchers und daß sie ohne die Zolllzuschläge verkauft werden.

auch weiter tun müssen, wenn nicht der bereits sprichwörtlich gewordenen Unwirtschaftlichkeit solcher Verbände in sehr energischer Weise Einhalt geboten wird. Wenn schon durch dieses Gesetz die Gesamtbevölkerung zur Beitragsleistung herangezogen werden soll, so müssen wir billigerweise verlangen, daß der vorgelebene weitere Ausbau elektrischer Netze und Transformatorstationen

### Genosse Start.

Er erklärt, daß unsere Partei selbstverständlich gegen die Elektrifizierung des flachen Landes nichts einzuwenden hat.

Wir müssen uns jedoch sehr entschieden dagegen wenden, daß die Elektrifizierung allzu sehr ein eigenes Geschäftsinteresse nicht nur der tschechischen, sondern auch der deutschen Agrarier geworden ist;

zu alldem wird noch das Landwirtschaftsministerium allein mit der Durchführung dieser Aktion betraut.

Allerdings haben einige der bestehenden Elektrifizierungsgesellschaften ihre Arbeiten gerade in der Zeit der teuersten Materialpreise begonnen; aber dies ist nicht der einzige Umstand, der sie in große finanzielle Schwierigkeiten brachte. Wenn heute viele solcher Gesellschaften, die von Agrariern begründet und verwaltet sind, dem Ruine nahe sind, so trägt dazu auch viel bei, daß in diesen Verbänden in unverantwortlicher Weise darauf los gewirtschaftet wurde.

Nun will man, um den Zusammenbruch abzuwenden, die Gesamtbevölkerung zu Zahlungen heranziehen.

Gerade die Kreise, die diesen Zusammenbruch verschuldet, schrien aber am ärgsten Zeter und Mordio, wenn unsere Genossenschaften in schwerer Zeit einmal eine staatliche Hilfe, und diese nur teilweise, in Anspruch nehmen müßten. Aber wir wissen ja, daß bisher alle der Bourgeoisie nahestehenden, verachteten Unternehmungen, ob es nun Elektrifizierungsgesellschaften, Banken oder sonstige Anstalten waren, von der jeweiligen Regierung auf Kosten der Steuerzahler über Wasser gehalten wurden. Warum soll also die gegenwärtige Regierung ihren willfährigen Lakaien nicht auch ein Geschenk machen, wo in den letzten Tagen doch so viele gemacht wurden.

Viele Gemeinden und Bezirke haben für derartige Elektrifizierungsverbände bereits schwere Opfer gebracht und werden dies trotz der von der Regierung in Aussicht gestellten Subventionen

auch auf die armen deutschen Gebirgsgegenden ausgedehnt

werde. Aber schon der Umstand, daß das Landwirtschaftsministerium mit der Durchführung des Gesetzes betraut wird, beweist, wie gering unsere diesbezüglichen Hoffnungen sein werden. Wir können daher der Vorlage kein großes Vertrauen entgegenbringen; wenn wir aber trotz dieser schwerwiegenden Bedenken für das Gesetz stimmen, so nur deswegen, weil wir in der gemeinnützigen Elektrifizierung einen technischen und wirtschaftlichen Fortschritt erblicken. An der Klassenbewußten Arbeiterschaft wird es liegen, die auf diesem Gebiete heute noch herrschenden schweren Mängel zu beseitigen und aus der gemeinnützigen, heute aber nur einseitig nützbaren Elektrifizierung ein allen Volksschichten in gleicher Weise nützendes Kulturwerk zu machen. (Beifall und Händeklatschen.)

Auch der tschechische Sozialist Radu kritisiert scharf die Bestimmung, daß das Landwirtschaftsministerium allein mit der Verteilung des Jahresbudgetes von 10 Millionen betraut werde, und verlangt die Uebersetzung in das Ressort des Arbeitsministeriums.

Schließlich wird die Elektrifizierungsvorlage ebenso wie der nächste Punkt der Tagesordnung, die Verleihung der Pupillarsicherheit an die Schuldverschreibungen der tschechischen Elektrifizierungsanleihe vom Jahre 1926, angenommen.

Eine längere Debatte entspinnt sich erst wieder bei dem Gesetzesantrag Dr. Derers auf

Verleihung der Staatsbürgerschaft an gewisse Personen in der Slowakei und Karpathorussland. Der Kommunist Chlumetz begrüßt die Vor-

lage, da sie namentlich in den Grenzgemeinden einem Chaos ein Ende mache und endlich die Unsicherheit Tausender beseitige, die bisher nicht wußten, ob sie Staatsbürger sind oder nicht. Gegen die Vorlage wendet sich nur der tschechische Sozialist Kloba, der einwendet, daß ein Verfassungsgesetz für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied gelten müsse, während die Vorlage auf bestimmte Gebiete und bestimmte Personen beschränkt, also ein Ausnahmengesetz sei.

Die Vorlage, die als Verfassungsgesetz die qualifizierte Dreifünftel-Mehrheit haben muß, wird sodann mit allen Stimmen gegen die der tschechischen Sozialisten (111 gegen 15) angenommen. Mit der Annahme des Antrages Klein auf Weiterbelassung der bisherigen Krankenversicherung der Privatangestellten und Mitglieder von Bruderböden, auf die sich die Alters- und Invalidenversicherung nicht bezieht, ist die Reihe der Vorlagen erschöpft.

Es werden hierauf alle heute verhandelten Vorlagen auch in zweiter Lesung verabschiedet, ebenso die gestern nur in erster Lesung angenommenen.

Zur Elektrifizierungsvorlage wird auch eine Resolution des Genossen Löw genehmigt, die Regierung möge ihren Einfluß auf die Verhältnisse im Elektrizitätswert Raaden dahin geltend machen, daß einerseits die Stromlieferung gesichert und andererseits die beteiligten Gemeinden und Bezirke vor schwerem Schaden bewahrt werden. Zum Staatsbürgerrechtsgesetz wird auch die von uns gestern erwähnte Resolution des Genossen Dr. Heller einstimmig angenommen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet der Antrag des Immunitätsausschusses auf

Erteilung einer Rüge an die beiden Senatoren Touzil und Sochor

wegen ihres Verhaltens bei der Zollabstimmung. Der Berichterstatter Krimo verliest das diesbezügliche Gesuch der beleidigten Berichterstatter, das genaue Daten anführt, zitiert dann eine ganze Reihe von Blättern und stellt den Antrag auf Erteilung einer Rüge.

Der Kommunist Sochor wirt sich darauf in Seidenpose und erklärt, er leugne die ihm zur Last gelegte Tat nicht und würde dies auch dann nicht tun, wenn er dem Bericht ausliefern werden sollte. Er behauptet nur (1), daß er bloß eine Rüge erballe, während viele von den bei den Zolldemonstrationen verhafteten Arbeiter mehrmonatige Kerkerstrafen erhalten haben. Er wird vom Vizepräsidenten Dr. Soukup wegen verschiedener Ausfälle gegen die Gerichte zweimal zur Ordnung gerufen.

Nachdem noch einer der angegriffenen Berichterstatter die Erteilung der Rüge gefordert hat, da sonst wieder einmal das Ende der Demokratie und des Parlamentarismus da wäre, genehmigt das Haus mit den Stimmen der Zollmehrheit die Rüge. Von einigen kommunistischen Zwischenrufen abgesehen, geht alles ohne Störung vor sich.

Das Ansuchen des Nationaldemokraten Dyl auf Erteilung einer Rüge an vier Senatoren kommt im Plenum, da es vom Ausschuß nicht gebilligt wurde, überhaupt nicht mehr zur Verhandlung, sondern ist endgültig erledigt. Trotzdem suchte sich Dyl zum Schluß in einer persönlichen Bemerkung als den Provozierten hinzustellen, der so wie so schon äußerst maßvoll vorgegangen sei, da er nur die protokolllarisch festgestellten Beleidigungen zum Gegenstand seiner Eingabe gemacht habe. Er behauptet, daß aus Sachen des parlamentarischen Anstandes ein Politikum gemacht worden sei. Die zeitliche Abstimmung hätte die untauglichen Behauptungen, als ob seine Partei mit den Deutschen paktiere, auf

Aus dem Tischen vor Richard Brandts.

# Moral en gros.

## Ein Roman wider alles Herkommen

51 Von Jiri Haukmann.

Der allgemeine Verfall wuchs von Tag zu Tag, aber der Krieg nahm kein Ende. Nicht etwa, daß ihn die leitenden Faktoren (wie es anderwärts so häufig zu geschehen pflegt) unwillig verlängert hätten — keineswegs, es war wirklich das Volk selbst, das, vom Agathergische verblendet, ohne Rücksicht auf die vielen unaussprechlichen Leiden den Kampf bis zur völligen Vernichtung des Feindes fortsetzen wollte. Deshalb wurde auch der vertrauliche Vorschlag einer europäischen Großmacht, die ihre Vereinnahmung erklärt hatte, gegen einige wirtschaftliche Konzessionen einen „würdigen, für beide Teile annehmbaren Frieden ohne Annexionen und Erbschaftsprüfung“ zu vermitteln, mit Empörung abgelehnt. Das Projekt wurde, obwohl es hätte geheim bleiben sollen, in die ganze Welt hinausposaunt, zur großen Schande des friedliebenden Staates, dessen Außenminister sofort in Ungnade entlassen wurde.

Die unendliche Kampflust beider Lager zeigte sich auch in dem Erben noch ständiger Verbesserung der Kampfmethoden. Die Nordwaffen hatten allerdings bereits eine solche Vollkommenheit erreicht, daß es wirklich schwer war, auf diesem Gebiete Neues zu erfinden. Dafür wetteiferten aber geradezu die Gegner in der Erfindung neuer, scheinbar ziemlich primitiver, in Wirklichkeit aber sehr wirksamer Kriegsmittel. So unternahm eines Tages drei Kompanien, die aus lauten Generalen bestanden, einen Angriff auf die zrenophorischen Stellungen. Die Südwaffen empfingen sie zwar mit höhnischen Bemerkungen und lautem Gelächter, mußten aber bald

ihren Leichtsinns büßen; denn die vermeintlichen Generale waren in Wirklichkeit verleierte, tapfere Krieger. Ein andermal wiederum verwendete Marshall Komis zu einem Frontangriff Männer von so ausgeglichener Magerkeit, daß fast alle feindlichen Kugeln daneben gingen. Darauf antwortete Ritter von Helle-Port, in dem er die erste Linie Soldaten mit auffallend großen Köpfen stellte — der Gegner erlag der Täuschung, schätzte die Entfernung nach der Größe des „Ziels“ unrichtig ab und feuerte seine Schrapnells durchwegs mehrere hundert Meter vor das gewählte Ziel. Die zrenophoren verschafften sich zur Vergeltung Hypnotisoren, die den Nordoffizieren die Ueberzeugung von den Vorteilen des Gefangenentums suggerierten, so daß sich diese haufenweise ergaben. Ein andermal wieder berief der Generalstab der südlichen Armee einen zanderbaldigen Bohrfogel aus den Vereinigten Staaten, der angeblich durch bloßes Anschauen und Auflegen der Hände die schwersten Krankheiten heilte und vertraute ihm die Heilung der tödlich Verwundeten an.

Trotz ihrer Schamlosigkeit vermochten auch diese Neuerungen keine Entscheidung herbeizuführen. Im Gegenteil, zu Beginn des dritten Kriegsjahres nahm bereits niemand mehr die selbstbewußten Neuerungen über den Endsieg mit Waffengewalt ernst und alle Hoffnungen wurden auf die wirtschaftliche oder vielmehr finanzielle Erschöpfung des Feindes gesetzt. Aber diese Methode eröffnete noch geringere Aussichten auf baldige Lösung des Konfliktes; denn der Staatsschatz von Utopien war zu beinahe gleichen Teilen unter die beiden Parteien aufgeteilt worden und floß mit gleicher Geschwindigkeit in die Taschen der Besitzer der beiden Waffenfabriken. Anfangs wurden die außerordentlichen Ausgaben wenigstens teilweise durch den Ertrag der neuen, trotz der unermesslichen Höhe von der zisierten Bevölkerung stets musterhaft abgeführten Steuern

gedeckt; als aber diese Quellen infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges langsam verstiegen und das Defizit im Budget sich immer mehr steigerte, trat die Notwendigkeit ein, zu ausländischen Krediten zu greifen — gegen das Druden ungedeckter Banknoten wehrten sich beide Finanzminister mit einer gewissenhaftigkeit und Standhaftigkeit, die stumme Bewunderung verdiente.

Im ersten Kriegsjahre gewährten die Großmächte solche Darlehen ziemlich bereitwillig; im zweiten war es schon nötig, sich an private Konsortien zu wenden, und im dritten trat eine Krise ein: Die Verhandlungen der südutopischen Regierung mit der Bankengruppe Morgan zerfielen sich gänzlich und ein englisch-französischer Trust bot den Nordwaffen Hilfe unter Bedingungen an, die beim besten Willen unerfüllbar waren (unter anderem 30% Zinsen, Emissionskurs 50% u.ä.). Ein letzter Sanierungsversuch wurde noch gemacht durch Ausschreibung einer 90%igen Vermögensabgabe, aber als ihr Ergebnis kaum zur Deckung der Regielosten genigte und die Arsenalen es brüst absehnten, auf Borg zu arbeiten, blieb den Regierungen nichts übrig, als, wenn auch blutenden Herzens, die Notenpresse ein wenig in Anspruch zu nehmen.

Die Nachrichten von diesen beabsichtigten Finanzoperationen beunruhigten in hohem Grade beide „Könige von Kowal“ (wenn es gestattet ist, diesen blasphemierenden Epitheten, der ihnen von der europaischen sozialistischer Presse gegeben wurde, zu gebühren). Sie kamen sofort insgeheim zusammen und berieten telegraphisch den vortrefflichen Exzellenz, denn sie hatten sich gewöhnt, keinem unvergleichlichen Scharfsinne alle schwierigen Angelegenheiten gänzlich zu überlassen. „Genug dieser Kriegskomödie, lieber Freund, genug!“ begrüßte der große Koyopros den Anstömmling. „Den Staaten droht Insolvenz, die

Unantastbarkeit und Rentabilität unseres Privateigentums ist in Gefahr — kurz, wir haben dieses furchtbare Nordens satt, wir wollen Frieden, wie er auch sein mag, wenn es sein muß, auch ohne Annexionen und ohne Erbschaft und ohne den übrigen Blödsinn, wenn es nur ein anständiger, wirklicher Friede ist!“

„Vielleicht könnten wir die rühmlichst bekannte Vorkämpferin positiver Ideen, die Tschekoslawische Republik, um Vermittlung angehen...“ — bemerkte sorglosvoll Chyrospros.

„Ausgezeichnet!“ lautete Koyopros. „Der unbegrenzte Einfluß des Außenministers der Republik auf alle hervorragenden Staatsmänner Europas und Amerikas, seine wissenschaftliche Auffassung internationaler Probleme, seine Bedeutung, die...“

„Seien Sie nicht allzu optimistisch, Sir,“ unterbrach ihn kühl Excellenz. „Moralische Geschäftigkeit ist noch viel heftiger und verblender, als zum Beispiel nationaler oder Klassenhaß — den Abgrund zwischen Nord und Süd wird einmal der tschechische Premierminister überbrücken. Nein, Sir, durch Verhandlungen würde da nichts erzielt werden, Volk und Armee würde jede nachgiebige Regierung stürzen. Hier ist eine ganz andere Methode am Platze. Wir müssen den gegenseitigen Haß in den Utopien auf mechanischem Wege austrotten, wie der selige Fabricius gesagt hat, sowohl, bitte sehr, der mechanische Weg allein wird uns zum Ziele führen!“

„Und der kluge Ingenieur versank in Nachdenken, gefolgt von den verständnislosen Blicken der beiden Könige von Kowal.“

„Es ist gut!“ — mit diesen Worten erhob er sich nach einer Weile zum Begeben. „Ich kehre vielleicht morgen, vielleicht in einer Woche, vielleicht noch später zurück...“ „Möglicherweise gelingt es mir bis dahin, etwas auszubedenken...“

(Fortsetzung folgt.)

das wahre Maß zurückgeführt. — Während  
 Diese Erklärung verließen die tschechischen So-  
 zialisten und auch die Kommunisten den Saal.  
 Mit dem üblichen Rückblick auf die ver-  
 flossene Tagung und den besten Ferienwünschen  
 schloß hierauf Präsident Masaryk um 4 Uhr  
 nachmittags die Sitzung.

### Der Optionskandal.

In seiner am Mittwoch im Senat gehaltenen  
 Rede kritisierte Genosse Joll auch das unglückliche  
 Verhalten der politischen Behörden in Schlesien und  
 Nordmähren Optionsangelegenheiten gegenüber. Bei  
 der Verleihung der Staatsbürgerschaft an Personen,  
 die aus dem heutigen Polen stammen, werden die  
 inhumansten Praktiken verübt. Tausende von Ar-  
 beitern, die schon lange Jahre im Staatsgebiet an-  
 fällig sind, werden mit ihren Ansuchen ganz brüt-  
 tal abgewiesen, obwohl es sich um Leute han-  
 delt, die vierzig und fünfzig Jahre ununterbrochen  
 auf dem Gebiete der heutigen Tschechoslowakei wohn-  
 en und niemals das Ausland auch nur betreten  
 haben.

Die Vorkonferenz, die am 28. Juli 1925  
 die Teilung Ostschlesiens ausprobiert, hat aus-  
 drücklich das Recht auf Option festge-  
 legt. Dieser Beschluß der Vorkonferenz  
 wurde aber von unserer Regierung beziehungsweise  
 erst am 11. Februar 1925 in der Gesetzesammlung  
 publiziert; infolgedessen begann die einjäh-  
 rige Frist zur Abgabe der Optionser-  
 klärung erst an diesem Tage zu laufen.  
 Trotzdem auch das Oberste Verwaltungsgericht die-  
 sen Standpunkt in zwei Entscheidungen ausdrücklich  
 billigte, werden doch von den Behörden alle Op-  
 tionsansuchen, die vor diesem Termin eingebracht  
 wurden, mit der falschen Begründung abgelehnt, daß  
 die Optionsfrist bereits im Jahre 1922 abgelaufen  
 sei.

In dem Rechtsvertrag, der vor einigen Mo-  
 naten zwischen Polen und uns abgeschlossen wurde,  
 wird neuerdings ausgesprochen, daß den Bewohnern  
 des ehemaligen Herzogtums Teschen, der Silesien  
 und Arva das Recht zustehe, innerhalb drei Mo-  
 naten neuerlich um die Staatsbürgerschaft anzu-  
 suchen, und daß ihnen dann die Staatsbürgerschaft  
 ohne weiteres zugesprochen werden muß. Doch  
 unsere Behörden, und besonders das Innenmini-  
 sterium, kümmern sich nicht um diese Ver-  
 träge und weisen hunderte von Optionsgesuchen  
 trotzdem mit der Begründung ab, daß jeder-  
 mann bis Februar 1922 genug Gelegen-  
 heit gehabt habe, zu optieren oder um  
 die Staatsbürgerschaft anzusuchen; die Regierung  
 sei überhaupt nicht in der Lage, ein anderes Urteil zu fällen.

Genosse Joll hatte deshalb dem Senat eine  
 Resolution unterbreitet, worin die Regierung aufge-  
 fordert wird, jedem, der auf Grund des Options-  
 rechts nach dem tschechisch-polnischen Rechtsvertrag  
 um die Verleihung der Staatsbürgerschaft ansucht,  
 diese unbedingt und ohne weitere Verzögerung  
 zu verleihen.

Leider wurde diese Resolution in der gestrigen  
 Sitzung abgelehnt. Die Behörden verbas also  
 weiter trotz aller verwaltungsgerichtlicher Entschei-  
 dungen ihre bisherige rechtswidrige Praxis bei der  
 Erledigung von Optionsansuchen fortsetzen können.  
 Auf diese Weise soll anscheinend demonstriert wer-  
 den, daß wir in einem geordneten, konsolidierten  
 Rechtsstaat leben...

### Die Konfiskationen beginnen wieder!

Die Mittwochnummer des Karlsbader  
 „Volkswille“ wurde konfisziert, etwa  
 10.000 Exemplare fielen der Staatspolizei in die  
 Hände, so daß unser Parteiblatt einen schweren  
 Schaden erleidet. Wie der „Volkswille“ in seiner  
 Sonntagsnummer mittel, richteten sich die  
 konfiszierten Stellen wieder gegen eine staatliche  
 Einrichtung noch gegen einen Staatsfunktionär,  
 Minister, Beamten oder gegen ein staatliches Amt,  
 sondern lediglich gegen die Sozialparteien  
 und gegen einen einzigen Abgeord-  
 neten. Gleichzeitig wird auch gemeldet, daß der  
 „Metallarbeiter“, das Nachblatt des Inter-  
 nationalen Metallarbeiterverbandes, gleichfalls  
 mit Beschlagnahme belegt wurde, und zwar  
 wegen des Abdruckes von Artikeln, die unbean-  
 wachtet in der sozialdemokratischen Presse erschienen  
 sind; auch im „Volkswille“, der mit dem „Metall-  
 arbeiter“ den Erscheinungsort gemein-  
 sam hat. Angesichts dieser Praxis der Karlsbader  
 Zensur spricht der „Volkswille“ die Vermutung  
 aus, daß diese Konfiskationen auf Verfügungen von  
 der Zentralstelle aus zurückzuführen seien.

### Vorbereitungen zur neuen Regierung.

Die „Prager Presse“ brachte gestern  
 unter dem Titel „Beratungen der Mehr-  
 heit“ folgende Meldung:

Die Vertreter der Sozialparteien traten Mittwoch,  
 wie wir hören, zu politischen Beratungen  
 zusammen. Die zunächst im Rahmen der tschech-  
 oslowakischen Sozialparteien abgehalten, dann aber  
 auch auf die Vertreter der deutschen Sozialgruppe  
 ausgedehnt werden sollen. Zweck dieser Beratungen  
 ist die Stellungnahme zu den weiteren parlemen-  
 tarischen Aktualitäten. Es handelt sich hauptsächlich  
 darum, Richtlinien für das weitere Vorgehen dieser  
 Parteien für die Zeit der Parlamentsferien und  
 auch darüber hinaus aufzustellen. Die politischen  
 Besprechungen, welche der Wiederaufnahme der  
 Session voranzutreiben werden, sollen schon im Monat  
 August aufgenommen werden. Das Programm  
 der heutigen Beratungen umfaßt, wie  
 uns aus Kreisen der republikanischen Partei er-  
 klart wird, Angelegenheiten, die als Staats-

notwendigkeiten bezeichnet werden können.  
 Also die neue Paktia, die schon beifam-  
 men! Deutsche Agrarier und Christlichsoziale wer-  
 den mit ihren tschechischen Kollegen über  
 „Staatsnotwendigkeiten“ beraten, sind  
 also bereits in den Rang der „staatsbehaltenden“  
 Parteien aufgerückt. Da steht wohl dem Eintritt  
 in die Regierung nichts mehr im Wege!

**Die Zusammenlegung der Agrarzölle.** Wie gemel-  
 det wird, sollte der Präsident der Republik am  
 Mittwoch das Gesetz über die Agrarzölle unter-  
 schreiben. Es wurde aber von der Sanktionierung  
 vorläufig Abstand genommen und sie soll erst  
 Mitte Juli vorgenommen werden. Sodann  
 treten die Zölle sofort in Kraft.

**Agrarische Lügen.** Die Agrarier merken schon  
 jetzt, daß das Zollgesetz, obwohl es noch nicht in  
 Kraft getreten ist, Anzuchtbarkeit auch in jenen  
 Kreisen erregt, wo sie dies gar nicht erwartet ha-

ben. Sonst wäre es nicht zu erklären, was für Mä-  
 ren die agrarischen Referenten aufstehen. So hat  
 — wie man uns berichtet — am 20. Juni in Widstoditz  
 bei Grulich eine Versammlung der agrarischen  
 Hochschulgemeinschaften stattgefunden, in der Herr  
 Ing. Artur Wlachar vom Deutschen Landeskultur-  
 rat erzählte, daß die Genossenschaft durch die An-  
 nahme des Zollgesetzes Hoffnung habe, 100.000 K  
 Subvention zu bekommen und daß überhaupt der  
 größte Teil der Zolleinnahmen den Bauern in Form  
 von Subventionen zugeführt werden wird. Der ge-  
 nannte Herr betreibt da eine feine Demagogie, denn  
 er weiß bestimmt, daß der Finanzminister die er-  
 höhten Zolleinnahmen zur Deckung der allgemeinen  
 Staatsausgaben verwenden muß. Daß es den Per-  
 sonen Agrariern passen würde, die Konsumgüter zwei-  
 fach zu schmelzen — einmal durch die höheren Preise,  
 die sie für die Ernte erzielen, das andererseits da-  
 durch, daß die erhöhten Zolleinnahmen von der Ge-  
 treideneinfuhr für die Großbauern verwendet werden  
 — glauben wir schon.

## Um die Fürstenabfindung.

heute die entscheidende Abstimmung. — Böllig verworrene Lage.

Berlin, 1. Juli. (Eigenbericht.) Der Reichs-  
 tag will Freitag oder Samstag in Ferien gehen;  
 bis jetzt ist aber noch völlig unklar, welche  
 Situation er hinterlassen soll. Ob das Gesetz  
 über die Fürstenabfindung zustandekommen wird,  
 ist ebenfalls noch unbestimmt. Heute hat  
 der Reichskanzler lediglich erklärt, daß die Regie-  
 rung im Falle der Ablehnung des Abfindungs-  
 gesetzes auch auf die Verlängerung des sogenan-  
 ten Sperrgesetzes, nachdem die gerichtlichen Aus-  
 scheidungsentscheidungen mit den Fürsten vorläufig zu  
 ruhen haben, keinen Wert legt. Es stellt dem-  
 nach noch volle Ungewißheit darüber, ob die Regie-  
 rung im Falle der Nichtannahme den Reichs-  
 tag auflösen, ob sie zurücktreten wird oder ob al-  
 les beim Alten bleiben soll.

In der Frage der Getreidezölle, die mit 31.  
 Juli eine Erhöhung auf die Höhe des autonomen  
 Zolltarifs erfahren sollen, ist ebenfalls noch  
 keine Entscheidung erfolgt. Im Schoß der Regie-  
 rungsparteien wurde ein Uebereinkommen  
 getroffen, wornach die Zölle auf einen Zollfuß  
 erhöht werden sollten, der hinter dem autonomen

Tarif immerhin noch zurückbleibt. Bei diesen  
 Verhandlungen traten aber bald neue Miß-  
 helligkeiten auf, so daß heute neue Verhand-  
 lungen begonnen werden mußten. Niemand weiß  
 augenblicklich, welcher Ausweg aus dieser Situa-  
 tion herauszuführen soll.

Abends trat die sozialdemokratische Reichs-  
 tagfraktion zusammen, um über die Stellung  
 zur Fürstenabfindung die letzte Entscheidung zu  
 treffen; die Beratung wird sich voraussichtlich bis  
 in die späten Nachtstunden hinausziehen.

### Die Sozialdemokraten gegen das Gesetz.

Berlin, 1. Juli. Die sozialdemokratische  
 Reichstagsfraktion hat heute, wie das Nachrichten-  
 bureau deutscher Zeitungsverleger hört, nach  
 längerer Aussprache mit großer Mehrheit be-  
 schlossen, gegen das Fürstenabfindungsgesetz zu  
 stimmen. Die Fraktionsführung dauert noch an. Der  
 offizielle Beschluß wird erst später bekannt gegeben  
 werden.

## Arbeitertammerwahlen in Oesterreich.

(Von unserem Wiener Berichterstatter.)

Samstag und Sonntag haben in Oesterreich  
 die Wahlen für die Kammer der Arbeiter und  
 Angestellten stattgefunden. Nach den vorläufigen  
 Zählungen haben die Freien Gewerkschaften in  
 Wien in der Sektion der Arbeiter 101.860, das  
 ist 78,2 Prozent der Stimmen, in der  
 Sektion der Angestellten 39.445, d. i. 71,6 Prozent  
 der abgegebenen Stimmen erhalten. Das sind aber  
 nur die in den Bezirken der Betriebe abgegebenen  
 Stimmen, dazu werden noch etwa 10.000 Stim-  
 men kommen, die von Monteuren, Straßenarbei-  
 tern u. dgl. in den Bezirken ihrer wirklichen Ar-  
 beitsstätte oder ihres Wohnortes abgegeben  
 wurden.

Die Christlichsozialen haben 7939,  
 d. i. 6,8 Prozent in der Arbeitersektion und 7516,  
 d. i. 13,7 Prozent in der Angestelltensektion erhal-  
 ten. Die Deutschnationalen bei den Ar-  
 beitern 1177, d. i. 1,1 Prozent, bei den Angestellten  
 7090, d. i. 12,8 Prozent, die Kommunisten  
 bei den Arbeitern 5747, d. i. 4,9 Prozent, bei den  
 Angestellten 324, d. i. 0,5 Prozent.

Es ergibt sich daraus also, daß das Ergebnis  
 ein gewaltiger Sieg der Freien Gewerkschaften,  
 sowohl bei den Arbeitern als bei den Angestellten  
 ist und daß die kommunistischen, wie auch die bürgerlichen  
 Organisationen bei den Arbeitern ganz bedeutungslos  
 sind, bei den Angestellten die bürgerlichen Organisationen zu-  
 sammen nicht einmal ein Drittel darstellen.

Man kann daher nur staunen, daß die Christ-  
 lichsozialen und die Deutschnationalen gar einen  
 Sieg für sich herausrechnen und wahrscheinlich  
 auch in die ganze Welt hinaus deklamieren. Sie  
 rechnen, daß die Sozialdemokraten bei den Ar-  
 beitern 8000 Stimmen verloren hätten, wobei sie  
 aber unterlassen, anzugeben, daß bei der Ver-  
 gleichszahl der früheren Wahl die sogenannten  
 Wahlstimmen schon mitgerechnet waren, wäh-  
 rend sie jetzt erst bei der endgültigen Zählung dazu  
 kommen werden, so daß die Stimmenzahl der  
 Freien Gewerkschaften, so bald die Zählung der  
 sogenannten Wahlstimmen Ende der Woche  
 vorgenommen sein wird, sich ergeben wird, daß  
 die Sozialdemokraten trotz der riesigen Arbeits-  
 losigkeit, die Zehntausende Arbeiter ihres Stim-  
 mrechts beraubt hat, die Zahl ihrer Stim-  
 men wahrscheinlich noch vermehrt  
 haben werden.

Die Christlichsozialen berechnen aber auch,  
 daß ihre Organisationen ihre Stimmenzahl ver-  
 mehrt haben, bei den Arbeitern sollen die Christ-  
 lichsozialen ihre Stimmenzahl von 5270 auf etwa  
 8000 erhöht haben. Das soll der große Sieg sein.  
 Bei den vorigen Wahlen, die nach der Beginn der  
 Wirtschaftskrise im Jahre 1921 waren, hatten die  
 Christlichsozialen nicht einmal recht zu agieren  
 gewagt. Sie haben ihr Häuflein, das damals  
 fünf Prozent betrug, auf acht Prozent erhöht. Sie  
 sind in der Arbeiterkammer ebenso bedeutungslos  
 wie sie es in der Arbeiterschaft überhaupt sind.  
 Dazu noch kommt, daß sie ihren Stimmengewinn  
 hohnheiß auf Kosten der Kommunisten zustande  
 brachten, die 1500 Stimmen verloren haben.

Die Arbeiterkammerwahlen haben — das sei  
 gegenüber allem Reflamagedrösel der Bürgerlichen  
 festgestellt, gezeigt, daß die Arbeiterschaft nahezu  
 zur Gänze im Lager der Sozialdemokratie und der  
 Freien Gewerkschaften steht, und die Angestellten-  
 schaft zu zwei Dritteln. Die gegnerischen Organi-  
 sationen sind in der Arbeiterschaft belanglos, bei  
 den Angestellten, die sie bis zum Umsturz als die  
 Kerntuppen ihrer Parteien ansahen, sind sie zu  
 einem Drittel herabgesunken.

G. B.

## Massenverhaftungen in Spanien. Das verhinderte Pariser Attentat auf den König.

Paris, 1. Juli. „Deuxre“ und „Quotidien“  
 melden übereinstimmend aus Hendaye (an der  
 französisch-spanischen Grenze), daß die im Zusam-  
 menhange mit dem ausgeübten Komplotte ge-  
 gen die spanische Regierung erfolgenden Verhaf-  
 tungen und Hausdurchsuchungen in Spanien  
 ständig fortgesetzt werden. Im Ganzen sind über  
 400 militärische und politische Persönlichkeiten  
 eingekerkert, darunter der ehemalige Kammer-  
 präsident Melquiado Alvarez. Ein Haftbefehl  
 wurde auch gegen den Führer der liberalen Par-  
 tei Grafen Romanones erlassen. Dieser hat sich  
 aber noch rechtzeitig durch die Flucht über die  
 spanische Grenze in die französische Grenzstadt  
 Hendaye gerettet. In Spanien soll große Unruhe  
 herrschen. Ueber die Grenze kommende Reisende  
 sprechen einmütig die Ansicht aus, daß dort ernste  
 Ereignisse erwartet werden.

Paris, 1. Juli. Nach einer Meldung des  
 „Matin“ ist es der französischen Polizei am ver-  
 gangenen Freitag gelungen, zwei spanische  
 Anarchisten und Räuber, n. zw. Franz  
 Escaso, welcher im Jahre 1923 den Erzbischof  
 von Zaragoza erschossen hat, und Bonaventura  
 Duretto zu verhaften. Die beiden Ver-  
 haupteten kamen mit noch drei anderen Personen  
 im Mai aus Argentinien nach Paris und traten  
 hier als vermögende Touristen auf. Bei ihrer  
 Verhaftung fand man Schusswaffen, einen grö-  
 ßeren Vorrat an Munition und 1000 Pesetas,  
 d. i. ungefähr 40.000 Franken, vor, welche von  
 einem Bankraube herrühren. Von den geraubten  
 Geldern kauften sie sich in Paris u. a. auch ein  
 Automobil. Die Verhafteten gestanden, daß sie  
 den König von Spanien während seines  
 Aufenthaltes in Paris erschließen wollten.  
 Bei der Verhaftung setzte sich Escaso den  
 Wundwunden mit dem Revolver zur Wehr,  
 ohne jedoch jemanden zu verletzen. Nach den  
 Komplizen der Verhafteten wurden die Nach-  
 forschungen eingeleitet.

### Um die Arbeitszeitvorlage.

London, 1. Juli. Bei der dritten Lesung  
 über die Arbeitszeit im Bergbau kam es heute im  
 Unterhause zu kühnen Szenen, da die  
 Arbeiterpartei von neuem der Ablehnung des Ge-  
 setzes erbitterten Widerstand entgegensetzte. Der  
 Arbeitervertreter Jones nannte den ersten Lord der  
 Admiralität Bridgeman einen Mörder und wei-  
 gerte sich auch, diese Beleidigung zurückzunehmen.  
 Er mußte deshalb auf Anordnung des Sprechers  
 den Saal verlassen.

## 48 Tote in Kowno.

Eine deutsche Mine die Ursache.

Warschau, 1. Juli. Aus dem vom Militär-  
 kommando in Lublin eingelaufenen Bericht über  
 den Verlauf der furchtbaren Explosionskatastrophe  
 bei Kowno geht hervor, daß die Katastrophe durch  
 die Explosion einer Mine verursacht wurde,  
 welche von den deutschen Truppen nach im Weis-  
 träge auf den Feldbefestigungen bei Kowno gelegt  
 wurde. Die Explosion der Mine erfolgte in dem  
 Moment, als eine Kompanie des 41. Schützen-  
 regiments bei einer Nachrüstung neben einem  
 unterminierten deutschen Schützengraben mar-  
 schierte. Die Gesamtzahl der Toten beträgt 48  
 Soldaten und 3 Offiziere. Verwundet sind 99  
 Soldaten.

## Die Sozialversicherung in Kraft getreten!

Mit dem gestrigen Tage ist das Gesetz über  
 die Sozialversicherung in Kraft getreten. Von  
 diesem Tage an sind also die Beiträge zur Alters-  
 und Invalidenversicherung und die neuen herab-  
 gesetzten Beiträge zur Krankenversicherung zu ent-  
 richten und von diesem Tage an läuft der Termin  
 für die 15wöchige Karenzfrist in der Alters- und  
 Invalidenversicherung. Mit dem Inkrafttreten  
 des Gesetzes erscheint nicht etwa der jahrzehnte-  
 lange Kampf um die Sozialversicherung, sondern  
 nur die erste Etappe dieses Kampfes abge-  
 schlossen. Der Kampf der Arbeiterschaft wird nun  
 der Verbesserung des Gesetzes gelten.

Wir haben seinerzeit bereits ausführlich die  
 Bedeutung dieses Gesetzes und seinen Inhalt be-  
 sprochen und wollen daher heute nur einiges  
 Wesentliche dazu sagen. Das Gesetz über die  
 Sozialversicherung enthält nicht nur die Reform der  
 Krankenversicherung die Verwirklichung der Ver-  
 sicherung für Invaliden sowie für über 65 Jahre  
 alte Arbeiter und Arbeiterinnen. Außerdem wird  
 eine Witwenversicherung eingeführt, wobei aber  
 zu bemerken ist, daß nur diejenige Witwe die  
 Rente erhält, deren Mann die Rente bezogen hat  
 oder wenn die Witwe selbst invalid geworden ist.  
 Außerdem bringt das Gesetz eine Versicherung  
 der Waisen bis zu 17 Jahren.

Was die Höhe der Rente betrifft, ist die  
 Alters- und Invalidenrente gleich. Die Witwen-  
 rente beträgt die Hälfte, die Waisenrente ein Vier-  
 tel der Alters- und Invalidenrente. Die Rente  
 setzt sich zusammen aus einem Grundbeitrag und  
 einem Steigerungsbetrag. Um ein Beispiel von  
 der Höhe der Rente zu geben, sei angeführt, daß  
 wenn man die heutigen Durchschnittslöhne als  
 Grundlage nimmt, der Alters- oder Invaliden-  
 rentner nach drei Jahren 1200 K, nach 16 Jah-  
 ren 1600 K, nach 20 Jahren 2200 K und nach  
 30 Jahren 2800 K jährlich bekommt. Schon aus  
 diesen Zahlen sieht man, daß die Sozialver-  
 sicherung nur ein Anfang ist, daß die Höhe der Rente  
 viel zu niedrig ist. Wir brauchen wohl nicht ein-  
 gehend an den Kampf unserer Abgeordneten und  
 Senatoren um die Höhe dieser Rente zu erinnern.

Durch das Gesetz wird ein großer Teil der  
 Bevölkerung in die Sozialversicherung einbezogen.  
 Die Zahl der Versicherten wird auf 2.600.000 ge-  
 schätzt. Nach den Berechnungen eines der Schöpfer  
 des Gesetzes, Professor Schonbaum, wird die An-  
 zahl ausfallen noch fünf Jahren an 35.000 Per-  
 sonen Renten in der Gesamthöhe von 35 Millio-  
 nen Kronen, nach zehn Jahren an 240.000 Per-  
 sonen 230 Millionen Kronen, nach 20 Jahren an  
 540.000 Personen 5500 Millionen Kronen und  
 nach 60 Jahren an 1.700.000 Personen gegen-  
 drei Milliarden Kronen. Die Beiträge für die  
 Alters- und Invalidenversicherung werden in den  
 ersten Jahren 600 Millionen Kronen betragen.  
 Dagegen werden die Beiträge für die Kranken-  
 versicherung von 750 auf 550 Millionen Kronen  
 herabgesetzt. Die Hälfte der Beiträge zahlt der  
 Unternehmer, die Hälfte der Arbeiter. Der Bei-  
 trag beträgt in der niedrigsten Beitragsklasse  
 4,30 K, in den höheren Klassen 5,70, 7,10 und  
 8,80 K.

Eine Eigentümlichkeit der tschechoslowakischen  
 Sozialversicherung wird die sein, daß sie sich auf  
 die Krankenkassen als Unterstellen aufbaut.  
 Bei den Krankenkassen müssen die Unternehmer  
 bis zum 10. Juli alle versicherungspflichtigen Per-  
 sonen angemeldet haben. Die Einführung der  
 Alters- und Invalidenversicherung und die Re-  
 form der Krankenversicherung wird zweifellos auf  
 große Schwierigkeiten stoßen, weil die Vorberei-  
 tungen für die Verwirklichung des neuen Gesetzes  
 von der Regierung nicht mit der nötigen Energie  
 durchgeführt worden sind.

So wie das Gesetz heute ist, bedeutet es nicht,  
 daß es dem Arbeiter im Alter oder im Falle der  
 Invalidität jede Sorge verleiht. Dazu sind  
 die Renten zu niedrig. Auch die Tatsache, daß die  
 Witwe nicht unter allen Umständen in den Bezug  
 einer Witwenrente tritt, ist ein schwerer Mangel  
 des Gesetzes. Ebenso ist es eine Grausamkeit,  
 daß das Gesetz über die Altersversorgung der mehr als  
 65-Jährigen noch nicht verwirklicht ist. Aber von  
 der Sozialversicherung gilt dasselbe, was von  
 jedem sozialpolitischen Gesetz gilt: es ist ein An-  
 fang, es ist die Anerkennung des Prinzips, daß  
 die Gesellschaft die Pflicht hat, für den alten oder  
 invalid gewordenen Arbeiter zu sorgen. Von  
 der Macht der Arbeiterklasse, von der Stärke ihrer Organisationen  
 wird es abhängen, wie die Sozial-  
 versicherung durchgeführt wird und  
 ob sie in den nächsten Jahren refor-  
 miert werden wird



Starker Einwanderungsandrang nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Das Bismarck-Büro der Vereinigten Staaten teilt mit, daß durch den englischen Bergarbeiterstreik der Andrang nach den Vereinigten Staaten stark zugenommen hat. Während der zulässige Anteil Englands an der Einwanderung 34.000 beträgt, liegen bereits 93.000 Gesuche vor. Aus ganz Europa sind über eine Million mehr Anmeldungen eingegangen als gemäß Gesetz zulassen werden können.

Zu der internationalen Schauspielerskonferenz. Die kürzlich in Berlin stattgefunden, wird von der Berliner Presse bei der Abstimmung über den russischen Antrag (Klassenkampfstandpunkt) der Stimme enthalten hat.

Verhafteter Streikbrecher. Die Arbeiterschaft der Firma J. Gebauer in Bärn in Mähren kam in einen Lockstreik, der mit der Entlassung der gesamten Arbeiterschaft endete. Der Firmainhaber erklärte, daß jene Arbeiter, die unter den alten Arbeitsverhältnissen arbeiten wollen, jederzeit die Arbeit wieder aufnehmen können. Dieser Aufforderung leistete der Arbeiter Cerny Folge. Cerny wurde daher als Streikbrecher gebrandmarkt. Wenige Tage später drang die ausgesperrte Arbeiterschaft in die Wohnung des Cerny ein und verprügelte ihn furchtbar. Es gelang ihm, zu fliehen, versteckte sich vor den wütenden Arbeitern in der Nähe des Bahnhofs und verließ mit dem nächsten Zug Bärn.

Der Viehstand in Böhmen. Nach dem Stande vom 31. Dezember 1925 wurden in Böhmen im ganzen gezählt: 278.888 Pferde, 109.941, 856 Maultiere, 30 Maulesel, 2.404.876 Rinder, 87.062 Schafe, 706.214 Ziegen, 1.038.636 Schweine, 9.633.101 Stück Geflügel und 745.693 Kaninchen. Gegenüber der Viehzählung vom Jahre 1920 nahm zu: die Zahl der Pferde um 20,9 Prozent, der Rinder um 14,3 Prozent, der Schafe um 33,3 Prozent; dagegen ging zurück: die Zahl der Schafe um 51,0 Prozent und der Ziegen um 2,4 Prozent. Gegenüber der Vorkriegs-Viehzählung vom Jahre 1910 nahm zu: die Zahl der Pferde um 11,3 Prozent, der Rinder um 4,8 Prozent, der Ziegen um 73,6 Prozent, der Schweine um 8,8 Prozent; die Zahl der Schafe nahm um 43,2 Prozent ab.

Die kranke Frau im Spital ermordet. Im Krankenhaus in Resseltsdorf bei Reutitschein hat sich dieser Tage eine furchtbare Mordtat abgespielt. Der 55jährige Franz Skupin erschien um 7 Uhr abends im Krankenhaus, wo sich seine Frau in schwerem Zustand befand. Er setzte sich an das Bett der kranken Gattin, bei der sich auch ihre Verwandten befanden. Skupin, der seit längerer Zeit in Unfrieden mit seiner Frau lebt und auch bereits die Scheidung gegen sie angestrengt hat, begann mit seiner Frau einen heftigen Streit, der allerdings von ihrer Seite fast gar nicht erwidert wurde, da dies ihr Leiden nicht zuließ. Plötzlich zog Skupin aus seinem Rock ein Küchenmesser und ehe die Verwandten seiner Frau ihn daran hindern konnten, stieß er der kranken Frau das Messer mit aller Wucht in das Herz, so daß der Tod sofort eintrat. Skupin wurde sofort verhaftet. Er erklärte beim Verhör: „Ich habe das vollendet, was ich vollenden wollte.“ Skupin ist schwerer Alkoholiker und man nimmt an, daß er die Tat bei getrübbtem Bewußtsein verübt hat.

Vatermord. In Provoz bei Ráchoz fand am 19. Juni der Schüler Kozomy im Walde die hängende Leiche eines unbekanntes Mannes. Die Gemeinde verständigte sofort die Gendarmereistation in Dobruška. Diese stellte in dem Erhängten den Händler Josef Lichy fest, konstatierte aber gleichzeitig, daß es sich nicht um einen Selbstmord handelte. Es wurde festgestellt, daß die Leiche auf den Fund-

ort gebracht worden ist, hier ihr eine Schlinge um den Hals gelegt und sie auf den Baum gezogen worden war. Die Leiche lag am Kopfe, und zwar an der linken Seite, einhalb Zentimeter lange Abschnürungen und 7 bis 15 Zentimeter lange blutunterlaufene Stellen, wonach zu schließen ist, daß Lichy erst einige Schläge bekommen hat, dann ohnmächtig in den Wald gebracht worden war und hier lebendig aufgehängt worden ist. Der Verdacht fiel sofort auf den Sohn des Ermordeten, seine Geliebte Anna Pittner und auf den Fleischer Anton Mach aus Dobruška, welche mit dem Ermordeten im dauernden Konflikt standen und schon wegen Gewalttätigkeit gegen Lichy angefaßt waren. Diese beiden Indizien auf den Arbeiter Wenzel Raxel zum Nord an Lichy zu bewegen und versprochen ihm dafür 400 K. Die Pittner wurde am 19. Juni verhaftet und nach Provoz gebracht. Somit blieb nur noch der Sohn des Ermordeten Anton Mach, der am 21. Juni verhaftet, desgleichen J. Weber, da sie der Mordtat verdächtig sind. Alle Verhafteten leugnen die Tat, die Tat begangen zu haben, doch hat die Gendarmerie Zeugen, welche sie sehr beschuldigen.

Felsabsturz in Karlsbad. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag hörten die Bewohner des Hotels „Imperial“ in Karlsbad plötzlich eine furchtbare Detonation. Die Steinwände der Serpentine, gerade unterhalb des Hotels „Imperial“, stürzten herab und rissen vier gewaltige Felsblöcke mit, die mit aller Wucht gegen die Straßenböschung anprallten, einige Bäume entwurzelten, aber dank der festen Böschung keinen weiteren Schaden anrichteten. Einige Sekunden vor dem Herabstürzen der Felsblöcke fuhr ein Automobil des Hotels „Imperial“ über die Straße. Der Chauffeur des einen Wagens hielt das Automobil an, da ihm ein großer Stein den Weg versperrte. Er schaffte den Stein zur Seite, bestieg seinen Wagen und fuhr davon. Im selben Augenblick stürzten die riesigen Steinmassen herab und nur durch einen glücklichen Zufall fand die Chauffeur einem furchtbaren Unglücksfall entronnen.

Die Fahrgeldzahlung in Deutschland verlängert. Aus Berlin wird gemeldet: Die Reichsregierung hat sich entschlossen, im Interesse der Erleichterung des Reiseverkehrs mit dem Auslande die regelmäßige Geltungsdauer der Pässe von zwei Jahren auf fünf Jahre zu erhöhen und Familienpässe künftig auch für Einzelreisen der erwachsenen Fahrgänger zuzulassen.

## Volkswirtschaft.

### Die Lebenshaltung der russischen Bergarbeiter.

Nach offiziellen Dokumenten. Vom 12. bis 21. Mai fand in Moskau der 5. Kongreß des Russischen Bergarbeiterverbandes statt. (Siehe „Tud“ vom 12. bis 22. Mai 1926.) Der Kongreß beschäftigte sich hauptsächlich mit den Löhnen, der Arbeitsleistung, den Arbeiterschutzbestimmungen und den Wohnungsverhältnissen der Bergarbeiter.

Nach dem Bericht des Zentralkomitees des Verbandes betragen die Bergarbeiterlöhne gegenwärtig 48,74 Rubel monatlich, gleich

69,4 Prozent der Vorkriegslöhne. Wohl sind die Löhne nominal im letzten Jahre nicht unerheblich gestiegen, jedoch ist diese Lohnsteigerung durch die außerordentliche Teuerung fast gänzlich illusorisch gemacht worden. Dabei wurde festgestellt, daß die Reallohne zwar nur 69 Prozent der erbärmlichen Vorkriegslöhne ausmachen, daß jedoch

## die Arbeitsleistung 90 Prozent der Vorkriegsleistung erreicht hat.

Rylov, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, erklärte in einer Rede an dem Kongreß u. a., daß die Produktion gesteigert werden müsse, daß wiederhergestellt werden müsse, was die Revolution zerstört und die Zeit abgemüht habe. Diese notwendigen Arbeiten seien langwierig und teuer. Trotz aller Anstrengungen der Regierung sei es unwahrscheinlich, daß das Land noch während mehrerer Jahre eine Kohlenkrise durchmachen werde. Es sei deshalb unbedingt notwendig, die Arbeitsleistung unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu steigern.

Welcher Raubbau mit der Arbeitskraft der Bergarbeiter getrieben wird, geht aus den verschiedenen Berichten hervor. Wohl beträgt auf dem Papiere des Arbeitsgebüches die Arbeitszeit der Bergarbeiter sechs Stunden unter Tage. Tatsächlich wird jedoch

im Durchschnitt 8 bis 9 Stunden gearbeitet. Die technischen Angestellten arbeiten sogar 10 bis 12 Stunden. Dieses Ueberreizungssystem wurde von allen Delegierten kritisiert.

Unter diesen Umständen ist es nicht überraschend, daß im Jahre 1925 die Anzahl der Unfälle um 38 Prozent gegenüber dem Vorjahre zugenommen hat. Dabei bemerkt der Arbeitskommissar Schmidt, daß wenn bis jetzt noch keine großen Katastrophen im Bergbau vorgefallen sind, so liegt das vor allen Dingen daran, daß die Schächte nicht sehr tief seien. Das würde sich jedoch mit dem Fortschreiten des Bergbaues noch ändern. Die Delegierten wiesen insbesondere auf die völlig ungenügende Zahl der Grubenkontrolloren hin. In der Petrogradindustrie im Kaufhaus gebe es nur einen Gewerksinspektor auf 10.000 Betriebe. Ähnlich sei die Situation im Tonenbetriebe. Es wurde dabei auf die schlechten Arbeitsverhältnisse hingewiesen. 37 Prozent der Lampen entsprächen nur den Sicherheitsvorschriften, 42 Prozent der Kohlengruben seien ungenügend gelüftet. In die schlechtesten Arbeitsbedingungen kommen noch die Ueberreizungen und die elenden Wohnungsverhältnisse. Im Durchschnitt käme auf einen Arbeiter

ein Wohnraum von 5 bis 6 Quadratmeter.

In gewissen Gegenden kämen dagegen im Durchschnitt sogar nur ein Wohnraum von zwei Quadratmetern auf den Arbeiter. Nach der Erhebung durch das Arbeitsministerium verfügen nur 13 Prozent der Arbeiter über drei Räume, 34 Prozent über zwei und 53 Prozent müssen sich mit einem Raum begnügen. In allen diesen Wohnhäusern, auch in denen, die nur aus einem Zimmer bestehen, wohnen mehrere Familien zusammen. Die Hälfte der Wohnungen bedürfen dringender Reparaturen. Die neuen Wohnungen, die gebaut worden seien, würden schnell ruiniert, weil sie überfüllt sind. Dazu komme die ungenügende ärztliche Hilfe. Auf den Betten gäbe es so gut wie keine Verbandsstationen und die Bergunfällen müßten 6 bis 7 Kilometer weit transportiert werden. Es sei im Winter vorgekommen,

daß Kranke auf dem Transport erstoren sind.

In den Goldbergwerken gebe es kein Krankenhaus. Die Ambulatorien und Krankenhäuser im Ural und im Kaukasus sind in einem deplorablen Zustand, daß sie nach den Berichten der Delegierten ständig in Gefahr sind, zusammenzufallen. Es fehle an Matratzen, Decken, die Bettwäsche werde selten gewaschen, so daß oft die Arbeiter, die einmal im Krankenhaus waren, sich weigern, dorthin zurückzukehren. Ähnlich sind die Klagen über die ungenügende Anzahl der Ärzte, wodurch

die Kranken oft vier bis fünf Tage warten müssen, bis sie behandelt werden können. Ueber die innere gewerkschaftliche Verwaltung fällt das Zentralkomitee ein nicht gerade schmeichliches Urteil. Wohl sei die Verwaltung etwas weniger schwerfällig und teurer geworden. Aber der Grundgedanke der gewerkschaftlichen Demokratie werde nicht überall durchgeführt. Vielfach kümmerlen sich die Angestellten und Funktionäre nicht mehr um ihre Wähler, sobald sie einmal gewählt sind. Von den Delegierten wurde u. a. angeführt, daß vielfach die gewerkschaftliche Demokratie sich schnell in eine gewerkschaftliche Bürokratie umgewandelt habe und daß die Fälle, wo die oberen Gewerkschaftsinstanzen einen Druck ausüben, um in den Ortsverwaltungen die Wahl von Personen zu verhindern, die ihnen unangenehm sind, noch sehr häufig vorkommen. In den Versammlungen werde einem Arbeiter oft das Wort entzogen, der die Tätigkeit der Organisation zu kritisieren versuche. Der Kongreß nahm schließlich eine Reihe von Beschlüssen an, die die Abstellung der gerügten Mängel fordern und insbesondere auch die Rationalisierung des Bergbaues als Notwendigkeit voranstellen.

Anschluß des Argentinischen Gewerkschaftsbundes an den I. O. T. Trotz intensiver Kampagnen anarcho-sindikalistischer, kommunistischer und syndikalistischer Elemente hat sich im Februar dieses Jahres in Argentinien eine freigewerkschaftliche Landeszentrale herausgebildet: „Confederacion Obrera Argentina“ in Buenos Aires. Die Confederacion, die bereits auf dem Gründungskongreß den Anschluß an den I. O. T. in Aussicht nahm, hat nun beim Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes offiziell diesen Anschluß anträgt. Es ist zu erwarten, daß die Gründung der Confederacion sowohl zur Konsolidierung der durch politischen Sektierertum zersplitterten argentinischen Gewerkschaftsbewegung als auch zur Festigung der Gewerkschaftsbewegungen in anderen südamerikanischen Ländern beitragen wird, wo bereits die ersten Schritte zum nationalen zurückgelegt sind. Die neu gegründete Landeszentrale zählt 30.000 Mitglieder.

Berlegung des Internationalen Bergarbeiterkongresses. Die am 23. Juni in London zusammengetretene Exekutive des Internationalen Bergarbeiterbundes beschloß den für August nach Kralau einberufenen Internationalen Bergarbeiterkongreß abzuwagern und ihn erst im nächsten Jahre abzuhalten.

Auslastung der durch das Internationale Arbeitsamt. Der letzte Jahresbericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamts enthält u. a. Angaben über die 1925 an das Amt gelangten Ansuchen um Auslastung. Ihre Zahl hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die meisten Ansuchen kamen aus Großbritannien und Deutschland; doch sind auch Ueberseeländer in der Liste vertreten, wie die britischen Dominien, Japan, die lateinamerikanischen Republiken und andere. Interessant erheben nicht nur schriftlich Auskunft. Es steht ihnen auch die umfangreiche Bibliothek des Amtes zur Verfügung, die 1925 einen Zuwachs von 15.000 Nummern verzeichnete. Die Zahl der auswärtigen Benutzer hat im Berichtsjahr ständig zugenommen. Manche von ihnen blieben wochen- oder monatelang in Genf um in der Bibliothek zu arbeiten. Neben der Bibliothek besteht eine Zeitungs- und Zeitschriftenabteilung, in welcher jährlich etwa 25.000 Nummern eingehen. Ueber 200 Hinweise auf Zeitschriften und Zeitungsartikel, welche diese Abteilung herstellt, werden täglich den anderen Dienstzweigen übermittelt. Auch Zeitungsanschnitte werden gesammelt und gegebenenfalls auswärtigen Besuchern zur Einsicht überlassen.

## Auf Zwangsaufenthalt.

Von B. L. Liberté (H. Cajthaml\*)

Die Einwohnerchaft des Dorfes S. im Berauner Bezirke wurde eines Tages durch eine kaum glaublich klingende Nachricht beunruhigt. Der Sohn des alten Svoboda, der ausgereiftere Tischler war und seit seiner Gesellenzeit in der Welt weite, den Jekermann als kleinen Jungen kannte und gern hatte und der in der Schule immer der beste Schüler gewesen war, so daß ihn der Lehrer den andern stets als ein Beispiel hinstellte, diesen jungen Menschen brachte man — per Schwab in seine Heimatgemeinde! „Was er wohl begangen hatte? Einen Diebstahl? Oder war er durch die Welt vagabundiert?“

Ähnliche Gedanken fuhren der aus alten Weibern und Jungen bestehenden Menschenmenge durch den Kopf, die gassen, nur der Wohnung des Ortsvorstehers stand. Die Gassen blühten ungeduldig auf die Tür des Vorstehers, um entweder von ihm oder vom Gemeindediener zu erfahren, was für ein Verbrechen der junge Svoboda verübt hatte.

Zugleich curraun sich in der Stube zwei neu ein interessanter Dialog, ein kurzer war, aber lehrreich wegen der Ansicht, welche in diesen Orten am Lande draußen über die Arbeiterbewegung besteht.

„Sie machen unserer Gemeinde schöne Ehr, alles was wahr ist,“ sprach der Vorsteher lachend

und spöttisch zu dem jungen Manne, der vorerst vor dem Gemeindediener, welcher den „Schwab“ mit den entsprechenden Dokumenten übergab, die Rüge lieferte, „da wird sich Ihr Vater mit Ihnen freuen! Was ist Ihnen denn da eingefallen, den Sozialisten beizutreten, die wollen doch, daß wir mit ihnen unser Eigentum „teilen“ sollen! Wie kommt ich beispielsweise dazu, daß ich das Gut, das ich nach meinem Vater ehrlich geerbt habe, mit irgend einem Vagabunden, Faulpelz oder Landstreicher teilen sollte? Das war ja eine feine Ordnung! Hören Sie mir auf damit!“

„Sie irren sich, Herr Vorsteher, wenn Sie der Meinung sind, daß die Sozialisten mit Ihnen teilen wollen; — und wenn schon, bei Ihnen würden Sie am allerwenigsten etwas beschlagnehmen!“ sprach der junge Mann lachend, in dem er auf den verschuldbeten Hof anspielte.

„No, meinewegen!“ erwiderte der Vorsteher griesgräutig, „aber das sag ich Ihnen, machen Sie mir im Dorfe keine Rebellion und verfahren Sie mir niemanden, ich hab gern Ruh!“

„Seien Sie unbesorgt, Herr Vorsteher! Ich werde mich hier nicht länger als drei Monate aufhalten. Aber jetzt muß ich zu den Eltern. Ich empfehle mich Ihnen!“

„Leben Sie wohl, aber das sage ich Ihnen, stellen Sie mir hier nichts an! Es würde Ihnen übrigens auch durchaus nichts nützen,“ vernahnte der Bürgermeister den Schabling, ihn bis zur Tür begleitend.

Der junge Svoboda, der anständig angezogen war und einen breiten Hut auf dem Kopfe trug, schritt durch den Haufen der gaffenden Dorfbewohner, indem er höflich grüßte. Sie vergaßen ihm vor lauter Neugierde zu danken.

Ein wenig später verstand er hinter der Tür des väterlichen Häuschens, wo ihm der Vater eine Moralpredigt hielt, weshalb er sich angeblich in Dinge mischte, die ihn nichts angingen, usw. Die Trauschbasen drangen gleich nach

dem Abgange des jungen Svoboda auf den Vorsteher ein, was er wohl begangen hätte?

Der Vorsteher nahm zuerst seine Pfeife aus dem Munde, dann klopfte er sie aufmerksam aus, stopfte sie wieder mit neuem Tabak, nahm eine ernste Stimme an und verkündete sodann mit erhobener Stimme: „Er ist den Sozialisten beigetreten!“

„Zu den Sozialisten? Was sind denn die, um Gottes willen, Herr Vater, für Leute? Stehlen sie, morden sie oder was machen sie denn?“ schrie jemand aus dem Haufen mit Staunen.

Der Vorsteher wollte antworten, da aber mischte sich der Kirchendiener, der vorüberging, ins Gespräch und sagte:

„Sozialisten sind ungehorsame, widerspenstige Leute, kurz Querulanten, Rebellanten, die nichts machen wollen als gut leben, daher verlangen sie, daß die Wohlhabenden mit ihnen ihr Eigentum teilen sollen. In jeder Stadt haben sie ihre geheimen Vereine, und auch der Sohn des Svoboda war bei einem solchen Vereine. Jedes Mitglied ist verpflichtet, bei Verlust seines Lebens die Vereinsbeschlüsse zu erfüllen. So z. B. wenn in der Versammlung beschloffen wurde, daß dieser oder jener bestohlen werden solle, dann wird gelobt, welches Mitglied den Diebstahl ausführen sollte; auf wen das Los fällt, der muß alles vollführen, sonst geht es ihm schlimm!“ erklärte der Kirchendiener, dem der Herr Vater keine „Zeitung“ zum Lesen zu leihen pflegte.

„Und so einem Vereine ist er beigetreten? Wer hätte so etwas in ihm vermutet?“ wunderten sich die alten Weiber, indem sie ein Kreuz schlugen.

„Naja, es ist schon einmal so. Deshalb war er dort in Wien eine Zeitlang eingekerkert und jetzt ist er aus dem Wiener Polizeigefängnis abgeschafft. Jetzt muß er sich drei Monate lang daheim aufhalten!“ bestätigte der Vorsteher.

Der Kirchendiener, im Bewußtsein, den Dorfleuten wieder einmal einen Beweis seiner

tiefen Gelehrtheit in politischen Dingen erbracht zu haben, wandte sich in der Richtung gegen den Glockenturm zum Fortgehen, um das Abendessen zu erledigen, denn es dunkelte bereits merklich. Auch die Menge verlor sich, um diese ungewöhnliche Vorstadt den vom Felde Heimkehrenden mitzuteilen. Und man wunderte sich an allen Ecken und Enden des Dorfes darüber.

Der Vorsteher traf als Staatsmännlicher Kopf alle Sicherheitsmaßnahmen für den Fall, wenn der gefährliche Schabling doch etwas „hoabstüngen“ sollte. Er berief den Gemeindediener, der auch die Funktion eines Gemeindevormannes und Nachwächters erfüllte, zu sich und ebn Schafe von der Weide heimtrieb, und trug ihm strenge auf, beim Nachwächterdienste die Befahrung Svobodas nicht aus den Augen zu lassen und ihn scharf zu bewachen; sollte er aber etwas Verdächtiges bemerken, so möge er ihm sogleich darüber Nachricht erstatten, was der Diener während des Aufenthaltes des jungen Svoboda im Dorfe getren und gehoramt erfüllte. Ob er etwas wahrnahm, ist nicht bekannt.

Der junge Svoboda bezweifelte über seinen Zustand keineswegs. Er ging tagtäglich durch das Dorflein spazieren, obgleich ihm einige Leute anfänglich auswichen. Nach drei Monaten zog er wieder in die weite Welt. Nach Wien durfte er nicht mehr, weil er laut einer polizeilichen Meldung ein gefährlicher Agitator war und während eines Streikes eine hervorragende Rolle gespielt hatte, wodurch er öffentliche Ordnung und Ruhe „gestört“ hatte. Aus diesem Grunde wurde er auch verhaftet und einvernommen. Nach der Untersuchung wurde ihm eine unbedeutende Freiheitsstrafe publiziert, worauf er aus Wien ausgewiesen und zum zwangsweisen dreimonatigen Aufenthalt in seiner Heimatgemeinde beurteilt wurde.

Ob er sich wohl später gebessert hat?

Uebersetzt von J. Reisman.

\*) Entnommen einem älteren Bande sozialer Skizzen „3 para delinkvna“ auferes tschechischen Genossen, der in Teplitz als Beamter der Bezirkskontenstelle lebt, seine Pausbaha als Schmiedergeselle begann und eine ganz Reihe sozialer Beobachtungen schrieb, wovon wir „Arbeiterlieder“, „Blutige Felder“ und „Auf der Wacht“ besonders hervorheben.

### Devisenkurse.

Prager Kurse am 30. Juni.

Waren	Preis	Waren	Preis
100 holländische Gulden	1357.50	1000 Schilling	477.87.50
100 Reichsmark	879.75		
100 belgische Francs	83.00		
100 Schweizer Francs	154.12.50		
1 Pfund Sterling	184.12.50		
100 Lire	121.55		
1 Dollar	33.70		
100 französische Francs	91.67.50		
100 Dinar	10.71		
10.000 magyarische Kronen	4.69.12		
100 polnische Zloty	33.1		

## Jugendbewegung.

### Wir wollen waden!

Von Ferry Schimmel.

Verbeaktion! Gewinnung unserer Arbeitsbrüder und Arbeitschwester für die große Idee des Sozialismus, der unser ganzes Sein gehört! Verbeaktion! Kampf um die Seele des Arbeitsherrschenden, Stärken der Reihen des kämpfenden Proletariats! — Wahrscheinlich ist die Aufgabe, vor die uns der Beschluß unseres Verbandsvorstandes gestellt hat, zum Schluß eine Werbung durchzuführen. Groß ist die Aufgabe und schön! Und darum wollen wir sie zu erfüllen trachten mit ganzer Hingabe, mit Leidenschaft und Eifer. Niemand war die Werbung für unsere Ziele notwendiger als jetzt. Die Mächte der Finsternis kennen gegen das um Licht und Freiheit ringende Arbeitervolk: sie ertönen einen Ruf nach den anderen, unterstützen die Schwäche der Arbeiterbewegung, die vor allem durch deren Unmöglichkeit verursacht ist. — Sammlung aller Kräfte, Abwehr des Rückschritts, Kampf dem Geld und der Rot, Schwächung des militaristischen Bestrebens, Schutz der Arbeiterkraft und besonders der arbeitenden Jugend vor unmenschlicher Ausbeutung — das sind jetzt unsere Parolen. Deshalb wollen wir trachten, dem kämpfenden Proletariat, der kämpfenden proletarischen Jugend neue und frische Streiter zuzuführen. — Vorstoß der Reaktion? Auf, Arbeiterjugend, wir blasen zum Sammeln!

Mehr als je haben wir jetzt Gelegenheit, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Widersprüche und Ungerechtigkeiten der heutigen Zustände aufmerksam zu machen: Eine Wirtschaftskrise jagt die andere; es sind Krisen, die die Jugend in den Betrieben ständig in ihrer Existenz bedrohen. Die zahlreichen Meister im Kleingewerbe nügen die Lehrlinge und Lehrlinginnen rückwärts aus. Gehe über den Urlaub oder den Abfertigungstag beachten sie nicht. Freigabe werden mit der arbeitenden Bevölkerung auch die Jugend schwer treffen. Die Reaktionskräfte bauen den Militarismus immer mehr aus, damit er seine Fingerringe nach den kräftigen Leibern der jungen Menschen ausstrecken und sie der Reaktion gefügig mache. Gefahren drohen! Und zum Kampf wider diese Gefahren rufen wir die Arbeiterjugend auf; um dem Kampf feste Formen zu geben, rufen wir sie zu unserer Organisation.

Es gibt sicherlich auch Funktionäre bei uns, die sagen: „Ach was, Verbeaktion! Die hat keinen Zweck!“ Wir fragen: Hat sie angesichts dieser Fülle von Stoff, hat sie angesichts der Kräfte, die in unseren Reihen sind und die nur gelöst zu werden brauchen, immer noch „keinen Zweck?“ Freilich, es hatte nicht jede durchgeführte Verbeaktion den gewünschten Erfolg. Das lag aber zum Teil an der Verbeaktion selbst, da man sie zu sehr als eine „Aktion“ betrachtete, die 14 Tage und keine Minute länger dauerte. Für uns aber soll die Verbeaktion eine

intensivere Fortsetzung der ständigen Arbeit sein, das heißt nichts anderes, als daß man immer Verbeaktion in irgendeiner Form verrichten soll.

Nach der Verbeaktion sollen die Veranstaltungen so ausgebaut werden, daß es dem Neuangeborenen auch bei uns gefalle, daß sie nicht nur Schutz bei uns finden und Wissen und Aufklärung, sondern auch geistiger Arbeit auch verdienen Freude.

Alle Mitglieder unserer Organisation müssen es sich zur Pflicht machen, bei der kommenden Arbeit mitzutun. Überall bietet sich uns zum Werben Gelegenheit. Wir werden in der Fabrik, in der Werkstatt. Keine Gruppe soll es sich nehmen lassen, durch ihre Mitglieder und Funktionäre off die Arbeiterburgen und Mädel in Orten aufzusuchen, die unserer Organisation noch nicht angehören und allem Geschehen in Staat und Wirtschaft gleichgültig gegenüber stehen, oder die gar noch bei den gegnerischen Organisationen sind. Mit den Gegnern werden wir sicherlich in öffentlichen Versammlungen, die wir auch während der Verbeaktion öfters veranstalten wollen, zusammenkommen. Da wollen wir uns das eine merken: Die bürgerliche Jugend sucht unter den harmlosesten Namen auch die Arbeiterjugend zu gewinnen. Wir aber wollen der Arbeiterjugend sagen, wer jene sind: daß sie, mögen sie sich nun nennen wie immer, ob „Arbeitsfreier Bund“, ob „Arbeitsjugend“, ob „Christlicher Jungfrauen- oder Jungmädchensbund“, ob „St.-Johannis“, oder „Landsknecht“ oder „Pfadfinder“, doch die Jugend jener Klasse sind, die uns in Wirtschaftslieben, in der Fabrik als unser größter Feind gegenübersteht.

Mag die Tätigkeit jener „unpolitischen“ Jugend noch so harmlos scheinen, sie verfolgt doch eine Tendenz: die Arbeiterjugend durch allerlei schöne Reden vom „Vaterlande“, von der „Volksgemeinschaft“, vom „völkischen“ Geist über ihre wirkliche Lage hinwegzuführen. Dieser Jugend gilt unserer besonderer Kampf, weil sie sich schenkt, offen ihre Klassenzugehörigkeit zu bekennen.

Außer der persönlichen Werbung und den öffentlichen Versammlungen müssen wir auch unsere Wanderungen in den Dienst der Kapitane stellen. Wir sollen keinen Ort, in dem noch keine Gruppe besteht, verlassen, ohne durch irgend etwas, sei es durch Tanz und Spiel, sei es durch eine Versammlung oder sei es durch Verteilung von Flugzetteln, die Leute auf uns aufmerksam gemacht zu haben.

Mit frechem Mut und voll Vertrauen zu uns selbst gehen wir nun ans Werk. Alle! Keiner soll sich ausschließen! Die Funktionäre sollen ihr mögliches an Arbeit leisten und so durch das Verhalten die anderen mitreißen. Schwierigkeiten und Feinde gibt es genug! Ans Werk! Der Erfolg muß unser sein!

## Literatur.

**Walter Schiff: Die großen Agrarreformen seit dem Kriege. Die landwirtschaftliche Produktionspolitik in Österreich.** (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.) Die beiden Schriften, die in die Sammlung der agrarsozialistischen Bibliothek der deutschösterreichischen Sozialdemokratie aufgenommen sind, enthalten trotz ihrer Knappheit ein überaus reiches Material. In der ersten Schrift werden die Agrarreformen der europäischen Staaten vor dem Kriege und nach dem Umsturz beschrieben. Es ist ein fast vollständiges, zahlenmäßig und statistisch erfahres Bild über die Grundbesitzverteilung, über die Rechtsverhältnisse der Landwirte in den von den Reformen betroffenen Ländern gegeben. In einem kurzen Rückblick wird die Gesamtarbeit der Agrarreform zusammengefaßt, die sie hemmenden politischen Beweggründe gezeigt und auch die Schat-

tenheiten einer bloßen Zerstückelung der großen Betriebe ohne Berücksichtigung der betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen hervorzuheben. — Die zweite Schrift bildet eine wertvolle Ergänzung der beiden im gleichen Verlag erschienenen Bücher Otto Bauers („Der Kampf um Wald und Weide“ und „Sozialdemokratische Agrarpolitik“). Dienen Bauers Bücher, unbeschadet ihrer großen wissenschaftlichen Qualitäten, in erster Linie einem agitatorisch aufklärenden Ziele, dem Ziele der Erweiterung unserer sozialistischen Aufgaben, so ist Walter Schiffs Schrift vor allem informativ. Sie behandelt zunächst die allgemeinen Gesichtspunkte über Wien und Mittel der landwirtschaftlichen Produktionspolitik, die Wichtigkeit der darauf bezüglichen Maßnahmen, aber auch die Grenzen, die den Zwangsvorschriften von Natur aus gesetzt sind. Im zweiten Abschnitt wird die Beteiligung der vor den Reformen gelegenen irrationalen Nureinrichtung, werden die Hindernisse, die ihrer Beseitigung durch die Felderzusammenlegung (Kommassation) im Wege stehen, behandelt. Wir erfahren, wie wenig sich bisher in Deutsch-Österreich die Kommassationsgeden ausweitete, wie wenig von ihnen Gebrauch gemacht worden ist. Es werden vom Verfasser Vorschläge gemacht, wie die dem nächsten Schritte von den Bodenbesitzern in den Weg gelegten Schwierigkeiten von amtswegen zu überwinden wären. Die folgenden Abschnitte beschäftigen sich mit den Fragen der Bodenverbesserung. Auch hier macht der Verfasser Vorschläge, wie den konservativen Bodenbesitzern und ihrem rückständigen Verhalten entgegenzuwirken werden soll. Ferner wird die Frage der Einkunftssteuer des Staates auf die Verwendung des Bodens für die einzelnen Kulturarten und schließlich die Frage der Betriebsvorschriften für Forst, Weide- und Landwirtschaft mit großer Sachkenntnis erörtert. Für jedermann, der sich mit dem sozialen und volkswirtschaftlichen Problem des Agrarismus auch in der Tschechoslowakei beschäftigt, und diesen Fragen mehr als ein allgemeines Interesse entgegenbringt, wird aus der Lesart der beiden Schriften den größten Nutzen sein. Er wird vor allem — das ist auch der besondere Wert — in der Erkenntnis bestärkt werden, daß die irreführenden Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft, die in der Linie der Zoll- und Preispolitik liegen, nicht dem Interesse einer agrarischen Produktionspolitik dienen können. Die Verstärkung dieser Erkenntnis erdichtet aber für die Tschechoslowakei nicht der großen Aktualität.

## Ausgebeutete!

Die bürgerliche Presse steht im Solde eurer Ausbeuter In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt.

## Kunst und Wissen.

**W. A. Mozarts „Entführung aus dem Serail“**, diese beglückend schöne, als Konzertsinfoniarung des großen Salzburger Lieddichters zu verstandene Puffo-Oper, erlebte am Mittwoch im Neuen deutschen Theater eine ausgezeichnete Aufführung. Zemlinsky hatte selbst die gründliche musikalische Erneuerung des Werkes befohlen und Chor, Orchester und Solisten für eine musterzügige Mozart-Interpretation vorbereitet. Die Neueinführung

zung der Oper noch am Ende der Spielzeit geschah Frau de Garmo sühle, um vor ihrem unabhängigen Abgange nach Berlin noch einmal eine ihrer so köstlichen und in der gefanglichen und dastellischen Erlösung des Mozartschen Opernstiles so einzigen und unübertrefflichen Mozart-Rollen genießen zu können. In diesem Sinne hat sie uns am Mittwoch den Abschied raffiniert sühler gemacht: denn sie war ein Blondchen, wie es entgücker und stilvollkommener nicht gedacht werden kann. Auch von dem herrlichen Tenor Karl Reumann galt es an diesem Abend als Mozart-Sänger Abschied zu nehmen. Dieser ebenso intelligenz wie strebame Künstler, der einem Rufe ins Dollerland Amerika folgt, zeichnete sich während seines Prager Engagements insbesondere durch außerordentliche Verwendbarkeit und bei einem Tenor ganz seltene Zuverlässigkeit aus. Schon um dieser letzteren Tugenden willen ist sein Scheiden zu bedauern. Um die auf gelungene Opernaufführung machten sich neben den beiden Genannten noch Hrl. Kwartin als gefanglich hervorragende Konstante und die Herren Hermann (Comin) und Lober (Pedrillo) verdient.

**Spielplan des Neuen deutschen Theaters.** Heute Freitag „Der Zwerg“ — „Violanta“, Samstag 7 1/2 Uhr „Lolca“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Freitag „Blige und Buhkopf“, Samstag Theodor & Cie., Sonntag Theodor & Cie.

## Aus der Partei.

**Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.**

Anfangs Juli (genaues Datum wird später bekanntgegeben) kommen aus Kärnten 43 Kinder des Vereines „Kinderfreunde“ nach Prag. Wir bitten alle Parteimitglieder, diesen Kindern für zwei Uebernahtungen unentgeltliche Unterkunft zu gewähren.

Anmeldungen nimmt schon jetzt Genosse Dellmich, Prag II, Refazanta 183, (Verwaltung des „Sozialdemokrat“) entgegen.

Die Bezirksleitung.

## Turnen und Sport.

Der Arbeiter-Turn- und Sportverband macht aufmerksam, daß der „Vorturner“ für Juni bei der Expedition der Juli-Zeitung nicht eingelangt war.

**Wienfahrt** Achtung! Die Bahnverwaltung verlangt den Stempel der Gemeinde auf der Rückseite des Reisausweises! Die Karten sind an der Grenze bis Wien für den ganzen Tag zu lösen. Ohne Rückfahrt.

Verleger Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riecher. Druck: Deutsche Zeitungs- & G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Doll.

**KINO-PROGRAMM** vom 2. Juli bis 6. Juli.

**Wran Urania-Kino** einziges deutsches Kino Prag. „Die Frau für vierundzwanzig Stunden“ Der große Lustspiel-Schlager mit Harry Lindke u. Lotte Neumann! Wran-Urania-Kino von Freitag an.

**LIDO BIO** Das Geschenk der Hochzeitsnacht! Roman von Lise, Leidenschaft und Verrat. In den Hauptrollen: J. W. Sperrler, Norma Rührigová, Anna Nedelská, Saucha Dobrovolská, Jindra Lantak.

**Wo vertehren wir?** Café Continental, Prag-Graben. Goldenes Kreuzel, Prag-Refazanta.

**Gastwirtschaft „Lidový dům“** der Genossenschaft „Ganymed“ Tägliche PRAG II., Hyberná Nr. 1. Konzert

**Café „Nizza“** Kgl. Weinberge, Fochova 27. (unser Stammlokal)

**DRUCK- u. VERLAGSANSTALT** Gesellschaft v. beschr. Haft.

empfeht sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckarbeiten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Faltkarten, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Satzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

**IN TEPLITZ-SCHÖNAU** Tschiergasse Nr. 6.

## Kleine Chronik.

**Die Vervielfachung an Petroleum.** Die Produktion an Petroleum hat in den letzten beiden Jahren 1924 und 1925 eine riesige Zunahme erfahren, obwohl sie noch immer der Nachfrage kaum genügt. Sie ist nach der neuesten Statistik von 52.8 Millionen Barrels im Jahre 1919 auf 140.8 Millionen im Jahre 1924 gestiegen. Ein Barrel ist gleich 42 Gallonen zu 2.86 Kilogramm. Die amerikanische Erzeugung hat sich seit 1913 verdreifacht und betrug 1924 714.000 Barrels, 1925 758.000 Barrels, die mexikanische hat sich verdreifacht und betrug 1925 über 115.000 Barrels. Russland lieferte 1924 über 40.000, 1925 48.000 Barrels. Dann kommen Persien mit 35.000, Niederländisch-Indien mit 21.000, Venezuela mit 20.000, Rumänien mit 15.000, Peru mit 8.000, Indien mit 8.000, Böhmen mit 5.000, Argentinien mit 5.000, Borneo mit 4.000, Trinidad mit 4.000 und Japan mit 3.000 Barrels.

**Eine Armee aus Generalen.** Die neueste Statistik des Generalschwerd von Haiti bringt die überraschende Tatsache zutage, daß von 7000 ausgehobten Offizieren nicht weniger als 6500 den Generalsrang besitzen. Um nicht gegen die Abwärtsstrebungen des Völkchens zu verstoßen, wird in einem Anhang darauf hingewiesen, daß die ausgehobten Generale nicht alle militärische Beschäftigungen ausüben; so führt beispielsweise der Verwaltung des haitianischen Frauengefängnisses den Titel „General“.

**Ausrottung des Wildbestandes in Afrika.** Im Kaiserlicher Kolonialinstitut hat der Forscher Dr. J. W. Verschard einen Vortrag über die aussterbenden wilden Tiere gehalten. Darin hat der Vortragende einige Zahlen angegeben, wie die Industrialisierung der Jagd jährlich unter dem afrikanischen Großwildbestande austräumt: Die hohen Preise für Elfenbein sind Schuld daran, daß von allen Seiten Jagd auf Elefanten gemacht wird. Jährlich werden aus dem Kongo 300.000 Ele-

gramm Elfenbein ausgeführt; oder 60.000 Jöhne, so daß also im Jahre dort 30.000 Elefanten getötet werden. Aber auch anderes Wild wird ohne zwingenden Grund niedergeschossen. Rhinocerosse werden ihres Fleisches wegen sehr geschätzt; in einem Kongopost allein werden im Jahre 4000 Stück heruntergeschossen. Die Federn werden ausgetrocknet; 1916 noch wurden Herden von 3000 bis 4000 Stück angetroffen, solche Herdenmengen waren keine Seltenheit; in diesen Strichen aber traf ein Jäger einige Jahre später ganze vier Exemplare an. Unter den Antilopen Marabus usw. ist der Abschlagungsprozeß noch weiter gediehen. Die belgische Regierung hat nun endlich eingegriffen; ein Natlonalyark und drei Wildrefervate sind eingerichtet worden. Aber ohne Privoinitiative, ohne Erwothen des Bewußtens der Menschheit sind, wie Dr. Verschard betont, alle amtlichen Maßregeln unzulänglich.

**Ein altägyptisches Festspiel** mit dem Titel „Jhnoton“ wird in diesen Tagen von den Studenten der holländischen Universität Utrecht aufgeführt, das eine interessante Veranschaulichung einer wichtigen Epoche der altägyptischen Kulturgeschichte bietet. Unter genauer Beachtung der historischen Quellen wurde auf einem Plage außerhalb der Stadt eine Nachbildung des berühmten Sonnen-tempels des aufklärten Pharo Amenhotep IV., der auch unter dem Namen Jhnoton bekannt ist, und der ganzen alten Tempelstadt des Sonnenortes aufgebaut. Die Jhnoton eint auf der Fläche von 40000 qm zwischen Memphis und Theben errichtet hat. Auch die Kosmologisierung der Ritzenfäden entspricht völlig dem Charakter jenes Festspiels. Das Festspiel gibt die Geschichte eines altägyptischen Königs wieder, der eine große religiöse Form im Sinne der Verehrung einer einzigen Gottheit durchzuführen trachtete und dabei an den Widerständen der materiell interessierten Priesterschaft scheiterte.

**Opiumkultur.** Obwohl gegen die Verbreitung des Opiums ein heftiger Kampf in seinem Erzeugungsland in Ostasien geführt wird, hat die Produktion und der Konsum dieses Giftes heute einen

sehr großen Umfang angenommen. Gewonnen wird das Opium aus der Fruchtkapsel des Gartenmohns, indem man die unreife Fruchtkapsel auftrifft und den in den Kapselwänden aufgespeicherten milchartigen Saft in Tropfen herausquellen und an der Luft erhitzen läßt. Die erhärteten Körnchen werden dann abgeschabt und zu Ballen zusammengepreßt. Die auf diese Weise gewonnene Masse ist das Opium. Die Opiumkultur ist uralte. In den frühesten Zeiten wurde das Opium lediglich zu medizinischen Zwecken verwendet. Die Sitte des Opiumrauchens stammt aus Indes und wurde von dort über die Insel Formosa nach China verpflanzt. Hier bürgerte sie sich im 17. Jahrhundert allgemoin ein, und trotz aller Verbote und grausamen Strafen gelang es der Regierung nicht, das Opfer zu unterdrücken. Nach der Eroberung Indiens durch die Engländer wurden große Mengen von Opium nach China eingeschmuggelt. Im Jahre 1839 beschloß die chinesische Regierung auf den einlaufenden Handels-schiffen 1.200.000 Kilo Opium und versenkte sie ins Meer. Die Folge war der bekannte Opiumkrieg. Im Frieden von Nanjing 1843 mußte China allein 30 Millionen Franken Entschädigung für das versenkte Opium bezahlen. Später wurde es, nach einem zweiten Kriege, zur Anerkennung unbeschränkter Opiumeinfuhr gezwungen. Die chinesische Regierung hat trotzdem den Kampf gegen das Opium weitergeführt, jedoch mit wenig Erfolg.

**58.000 erholungsbedürftige Schulkinder** verläßt die Stadt Berlin zu Beginn der Schulsferien. 3000 Kinder heißen bereits am Mittwoch Berlin verlassen, teils nach einem städtischen Erholungsheim an der Ostsee, teils nach Ostpreußen. Sonderzüge mit Schulkindern sind außerdem vorgesehen nach Thüringen, selbst nach der Schweiz, nach Niederösterreich, Kärnten und Steiermark.

**Tragische Ironie.** Auf einem Berliner Friedhof hat sich ein Mann im Alter von 30 bis 35 Jahren erschossen. Er hatte keine Papiere bei sich. In der einen Hand hielt er leblich einen Zettel mit den Worten: „Liebes Weichen, nu faumst!“